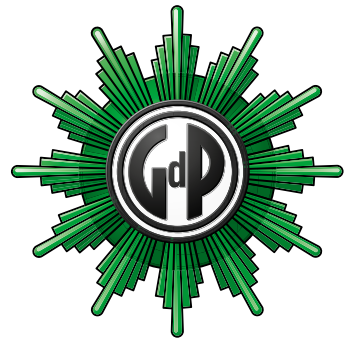


DP

DEUTSCHE POLIZEI

11/21

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Psychische Gesundheit

Bis zum Umfallen?





POLIZEI

In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



Inhalt

IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahlen sind Geschichte. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses erscheint ein Politikwechsel hierzulande als nicht unwahrscheinlich. SPD, Bündnis 90/ Die Grünen sowie die FDP sondierten den Weg zu einem stabilen Bündnis und loteten trotz teils deutlich voneinander abweichenden Programmatiken Wege zu Koalitionsverhandlungen aus.

Auf die Farbenkombination der künftigen Regierungskoalition haben die Gewerkschaften zwar keinen Einfluss, auf die politische Gestaltung der vor uns liegenden Legislaturperiode jedoch schon. Und da es gleichermaßen treffend wie sinnvoll heißt: Schuster, bleib bei deinen Leisten, konzentriert sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) selbstredend auf die Belange der Polizeibeschäftigten sowie essenzielle Themen der inneren Sicherheit.

Mit Blick auf den Wahlkampf und den zahlreichen medialen Wettstreiten der Kandidierenden und der Parteien droht aus Sicht der GdP, dass die Beschäftigten in der Polizei und die innere Sicherheit im Schatten der politischen Konsensbildung um Klimaschutz, Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung, soziale Sicherungssysteme oder Migration und Integration stehen könnten. Dagegen wird sich die GdP wenden und sich mit ihren vielfältigen Möglichkeiten einmischen. Worum es im Grunde gehen wird, verdeutlicht eine Übersicht von Themenkomplexen (Seite 3).

An dieser Stelle sei zudem an die GdP-Kampagne „#100für100 – 100% Einsatz für 100% Einsatz“ erinnert. Im Oktober ist #100für100 mit einer symbolischen Aktion offiziell beendet worden. 100 sogenannte Freistoß-Dummies, die Ende April stellvertretend für die Polizeibeschäftigten Deutschlands vor dem Reichstag „demonstriert“ haben, wurden einer neuen Dienstverwendung zugeführt. Sie unterstützen nun die Jugendarbeit Berliner Fußballvereine (Seite 34).

Michael Zielasko
Chefredakteur

Innenleben

- 2 Keine Annäherung nach erster Runde
- 3 Darum muss sich die Koalition kümmern
- 12 Schleswig-Holstein erkennt 23 Anträge von Polizeibeschäftigten an
- 21 Meilensteine
- 22 16. Bundesjugendkonferenz 2022
- 25 Mit der Politik reden
- 34 Freistoß-Dummys gehen an Fußballjugend
- 36 Mehr Tarifstellen – und zwei Sitze im PHPR!

Titel

- 5 Ausgebrannt
- 8 Tretmühle Polizei

Vor Ort

- 14 Nachtschicht mit Olaf Scholz
- 32 007 und der EPC

Im Gespräch

- 19 „Der Staat ist stark“
- 24 Digital oft abgehängt
- 27 „Es reicht ein Blick in die Geschichte“

Hingeschaut

- 16 Clankriminalität – Kein Haus! Kein Auto! Keine Uhr!
- 37 Ein Volkspolizist auf Westbesuch – Teil 2

40 Impressum



**ERFOLG SCHAFFT
FREIRAUM**
Tarif stärken 2021

Innenleben

Die Gewerkschaft der Polizei vertritt in der Tarifrunde rund 18.000 Beschäftigte vom allgemeinen Verwaltungsdienst über den fernmeldetechnischen Dienst, Polizeiärztinnen und -ärzte, Beschäftigte in der Informationstechnik, Techniker, Beschäftigte der Hub-schrauberstaffeln, Kfz-Mechatroniker, Schreiner, Elektriker oder Waffenmechaniker. Die zweite Runde der Verhandlungen findet Anfang November in Potsdam statt.

TARIFRUNDE 2021

Keine Annäherung nach erster Runde



GdP-Tarifexperte René Klemmer vor der ersten Tarifrunde am Potsdamer Platz in Berlin.

Anfang Oktober in Berlin: Nach rund dreistündigen Gesprächen haben sich die öD-Arbeitnehmervertretungen und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ohne Ergebnis veragt. Zuvor hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (öD) und die Länderarbeitgeber in der ersten von drei vereinbarten Verhandlungsrunden ihre Positionen verdeutlicht.

Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko

Der GdP-Tarifexperte und stellvertretende Bundesvorsitzende René Klemmer war für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor Ort. Die tiefe Kluft zwischen den Verhandlungspartnern sei sichtbar geworden, berichtete er. Die Forderungen der Gewerkschaften wiesen die Arbeitgeber unter Führung des niedersächsischen Finanzministers Reinhold Hilbers als illusorisch zurück.

Wir sind eine starke Truppe

„Wir werden in der für Anfang November in Potsdam terminierten zweiten Runde un-

geachtet der Blockadehaltung der TdL Möglichkeiten einer Verständigung weiter ausloten. Die Entschlossenheit unserer Kolleginnen und Kollegen sollte jedoch von unseren Verhandlungspartnern nicht unterschätzt werden“, bekräftigte Klemmer. Arbeitgeber-Knackpunkte seien nach wie vor die aus Sicht der Gewerkschaften berechnete Entgeltforderung von 5 Prozent, jedoch mindestens 150 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie der sogenannte Arbeitsvorgang.

Bei einer Kundgebung in der Nähe des Verhandlungsortes in Berlin-Mitte sagte der GdP-Tarifexperte zu den anwesenden

Gewerkschaftern, „ihr seid heute hier, um gleich zu Beginn den Arbeitgebern zu verdeutlichen: Wir sind bereit, für das, was wir fordern, auch auf die Straße zu gehen. Dass wir eine starke Truppe mit einem hohen Durchhaltevermögen sind, haben wir während dieser Pandemie extrem unter Beweis gestellt.“

Klemmer kritisierte den schon zu Beginn scharfen Ton der Arbeitgeber. Dass man Verschlechterungen im Bereich der Eingruppierung als Bedingung für weitere Gespräche mache, sei kein guter Einstieg in Verhandlungen, „das ist Erpressung und zeugt nicht von gutem Benehmen“.

Der GdP-Tarifexperte weiter: „Wir lehnen jede Form der Veränderung am Arbeitsvorgang ab.“ Und an den ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke gewandt, „da bin ich dir dankbar für deine deutlichen Worte in Richtung Arbeitgeber, wir werden dafür auch streiten. Sei dir gewiss, die GdP steht an deiner Seite, und wir werden gemeinsam dieses Vorhaben der Arbeitgeber abwenden. Wir sind bereit zu verhandeln, aber wir lassen uns nichts diktieren.“

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow sowie GdP-Vize Dietmar Schilff hatten die Demonstrierenden vor Ort unterstützt. Es reiche nicht aus, wenn die Politiker in den Ländern zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ämtern und Behörden sagten, „das habt ihr aber prima gemacht“. Eine gute und engagierte Leistung müsse sich auch im Geldbeutel widerspiegeln, unterstrich Malchow am Rande der Veranstaltung. „Wenn dann noch die Arbeitgeber mit Verschlechterungen um die Ecke kommen, dann ist das keine Anerkennung, sondern kommt das Fass zum Überlaufen.“ ■



Dietmar Schilff, René Klemmer und Oliver Malchow (v.l.n.r.) begleiten die Demonstration im Vorfeld der ersten Tarifrunde in Berlin.

Innenleben

Kurz vor Redaktionsschluss: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP sondierten Wege für eine mögliche Regierungskoalition. Wer aber letztlich Koalitionsverhandlungen aufnimmt, war also noch unklar. Kommen diese jedoch in Gang, dürfen weder die innere Sicherheit noch die Polizei von einer künftigen Regierung stiefmütterlich behandelt werden. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat allen für eine Koalition in Frage kommenden Parteien einen konkreten, umfangreichen Forderungskatalog an die Hände geben. Darum geht es ...





Titel

PSYCHISCHE GESUNDHEIT

Ausgebrannt

Schichtdienst, Gewalt, Hass: Die Belastung im Polizeidienst kann zur Bedrohung für die psychische Gesundheit werden. Die GdP Schleswig-Holstein fährt seit über zehn Jahren erfolgreich Programme zur Entlastung von Polizeibesetzten. DP sprach mit Landeschef Torsten Jäger über Fehlzeiten, „Weicheier“ und Polizeikultur.

Danica Bensmail

Die Arbeitsbelastungen im Polizeidienst sind so vielfältig wie die Behörde selbst. Der Zielfahnder: Immer auf Achse. Bei Bedarf auch mal auf einem 10-Stunden-Flug nach Tokio für die 30-minütige Verladeaktion eines Straftäters. Der Bereitschaftspolizist, der auf Anti-Corona-Maßnahmen-Demos trotz Spott und Gewaltattacken die Ruhe bewahren muss. Der Kriminalpolizist, der die Bilder der Kinderpornografie-Ermittlungen nicht mehr aus dem Kopf kriegt. Oder der Schutzpolizist, der am Sonntagmorgen zu einem blutigen Fall häuslicher Gewalt gerufen wird.

Indianer kennen keinen Schmerz

DP hat mit allen von ihnen gesprochen. Sie alle haben von ihrem Dienst berichtet. Nur die damit verbundene Belastung anzuerkennen – öffentlich – und darüber kritisch zu sprechen, will keiner. Auch das ist ein Teil der vielzitierten Polizeikultur. Er weckt die

Erinnerung an alte, abgedroschene Sprüche wie: Indianer kennen keinen Schmerz und: Echte Männer weinen nicht. Ist das noch zeitgemäß? Und viel wichtiger: Ist das gesund? Polizei sei Berufung, erklärten unsere Gesprächspartner. Wer in den Dienst der Behörde trete, wisse um die Belastungen, denn: „Das ist halt so.“

900 Menschen fehlen jeden Tag im Dienst

Dass „das“ halt oft so ist, weiß auch Torsten Jäger. Genau aus diesem Grund engagiert sich der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Schleswig-Holstein für das Thema psychische Gesundheit. „Seit rund zehn Jahren ist das eines unserer wichtigsten gewerkschaftlichen Themen“, sagt Jäger. Bereits 2014 habe man eine große Belastungskonferenz veranstaltet. Mit Erfolg: „Diese Konferenz hat tatsächlich zu Arbeitszeitverkürzungen für langjährige Schichtdienstleistende geführt“, freut sich der Gewerkschafter.





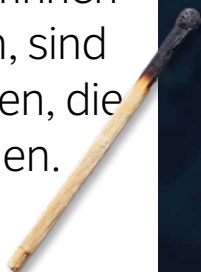
Die Belastungskonferenz habe auch den immens hohen Krankenstand in der Landespolizei zur Sprache gebracht. Dabei redete die GdP Schleswig-Holstein nicht lange um den heißen Brei, sondern lieferte aufrüttelnde Zahlen: „Wir haben eine permanente Abwesenheitsquote von zehn Prozent. Bei 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind das 900 Menschen, die jeden Tag fehlen. Jeden Tag“, sagt Jäger und seine Stimme wird hörbar lauter.

Ursache für diese massiven Ausfälle seien nicht zuletzt auch eine ganze Menge psychischer Erkrankungen. „Als Personalräte haben wir in jeder Sitzung mit Überprüfungen von Dienstunfähigkeiten zu tun. Darum wissen wir, dass entsprechende Diagnosen dort eine maßgebliche Rolle spielen.“

Tatsächlich aber gebe es kaum verlässliche Zahlen. Diese sollten eigentlich durch die Dienststellen und durch den polizeiärztlichen Dienst geliefert werden. Doch genau dort liege das Problem. Jäger erklärt: „Detailauskünfte zu bekommen ist kompliziert. Wir haben in unserem Land eine polizeiinterne Krankenkasse für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, die so-



Wir haben eine permanente Abwesenheitsquote von zehn Prozent. Bei 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sind das 900 Menschen, die jeden Tag fehlen.



nannte Heilfürsorge. Von dort gibt es aber keine regelmäßigen sowie verlässliche Untersuchungen und Berichte zu Ursachen von Krankheitsabwesenheiten.“

Psychische Erkrankungen auf Platz zwei

Die Krankenkasse Barmer hingegen wertet die Ursachen für Krankheitsabwesenheiten regelmäßig aus. Ihr Gesundheitsreport 2020 zeichnet ein erschreckendes Bild der psychischen Verfassung Erwerbstätiger hierzulande. Demnach sind knapp 20 Prozent aller Fehlzeiten 2019 auf „psychische und Verhaltensstörungen“ zurückzuführen. Übertrifft wird das nur noch von Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems (21,8 Prozent).

„Eine psychische Erkrankung kann schwerer wiegen und länger nachwirken als gebrochene Knochen“, betont Gewerkschafter Jäger. Der Gesundheitsreport gibt ihm Recht. Demzufolge dauert eine Arbeitsunfähigkeit mit der Diagnose „psychische und Verhaltensstörungen“ mit Abstand am längsten – im Mittel zwischen 40 und 45 Tagen.

„Viele, die solche Erkrankungen haben und merken, dass sie nicht mehr können, versuchen das dienstlich nicht bekannt werden zu lassen“, erklärt Jäger. „Sie versuchen außerhalb unseres polizeiärztlichen Systems eine Behandlung zu organisieren und das sogar selbst zu bezahlen, nur damit das nicht auffällt. Das ist total schlecht.“

Es müsse ganz klar die Verpflichtung des Dienstherrn sein, sich um diese Kolleginnen und Kollegen zu kümmern, betont er. Nur hätten viele Kolleginnen und Kollegen nach wie vor kein Vertrauen zum polizeiinternen System. „Sie haben Sorge, dass andere auf sie gucken, sie als Weichei abstempeln und sagen: Reiß dich mal zusammen.“ Ist diese Sorge der Kolleginnen und Kollegen berechtigt?

Die Gesamtkultur muss sich ändern

Torsten Jäger hält einen Moment inne, bevor er antwortet: „Polizisten müssen stark und souverän sein. Immer und in jeder Lage. Da kann man Schwäche eigentlich nicht gebrauchen.“ In der Realität sei es aber illusorisch, diesen Anspruch ein Berufsleben



DP-Gesprächspartner
Torsten Jäger ist
Vorsitzender der GdP
Schleswig-Holstein.

Foto: GdP SH



Eine psychische
Erkrankung
kann schwerer
wiegen und länger
nachwirken als
gebrochene
Knochen.



lang aufrechtzuerhalten. „Das ist unter den speziellen Belastungen des Polizeidienstes nicht möglich – zumindest nicht ohne gesundheitliche Folgen“, stellt Jäger klar.

Die Gesamtkultur in der Polizei müsse sich diesbezüglich noch viel stärker verändern. Das Gefühl zu haben, nicht mehr zu können und sich um die eigene Seele zu kümmern, müsse noch mehr Akzeptanz finden.

Jägers Forderung: Eine Stärkung des psychologischen Gesundheitsdienstes in der Polizei. Die sei dringend notwendig. „Wir brauchen mehr Psychologen, die nicht in diesem System angedockt sind. Die keinem Strafverfolgungszwang unterliegen und die nicht durch interne Hierarchien gebunden sind“, sagt Jäger.

In jeder Behörde einen Psychologen

In Schleswig-Holstein gebe es seit über 15 Jahren rund 40 Betreuerinnen und Betreuer. Diese stünden Kolleginnen und Kollegen nach belastenden Einsätzen für Gespräche zur Verfügung, erzählt Jäger. Das seien Kolleginnen und Kollegen, die allesamt über

eine spezielle Ausbildung verfügten. Bei 9.000 Mitarbeitern in der Landespolizei reiche das natürlich nicht aus, sei aber ein guter erster Baustein.

„Die GdP setzt sich seit Jahren für eine verbesserte psychologische Betreuung ein. Wir haben bei uns in den Fraktionen Gespräche geführt. Ich habe gezielt mit der SPD, den Grünen und mit der Innenministerin gesprochen. Das Ergebnis all dieser Gespräche war die Entscheidung, die Psychologenstellen in der Landespolizei aufzustocken. Von eins auf fünf“, sagt Jäger.

Die GdP habe ursprünglich zehn neue Stellen gefordert. Fünf seien für den Anfang aber eine gute und richtige Entscheidung, um den Landespsychologischen Dienst zu stärken. „Wir wollen die Kolleginnen und Kollegen unterstützen. Dazu müssen wir in diesen Bereichen noch viel mehr Angebote machen. Unsere Idee ist: In jeder Behörde einen Psychologen. Das ist ein langfristiges Ziel, das uns allen nur gut tun kann.“

So viel Zeit muss sein

Dürfen Polizisten denn auch mal schwach sein? In einem geschützten Raum, nur für sie? „Ja, natürlich“, sagt Jäger. Darum freue er sich persönlich auch so, dass in Schleswig-Holstein endlich der psychologische Dienst breiter aufgestellt werde.

Darüber hinaus sei es jedoch auch wichtig, regelmäßige Gesprächsrunden in der Schicht anzubieten. Diese Art Einsätze nachzubereiten, sei von immenser Bedeutung, betont der Gewerkschafter. Dabei müsse es gar nicht immer um die ganz harten Fälle gehen. Im Gegenteil: „Die Kolleginnen und Kollegen sollen die Möglichkeit haben, einfach mal ganz platt zu erzählen, wenn ihnen etwas und was ihnen auf der Seele liegt.“

Aus GdP-Sicht müsse genau das ein fester Bestandteil des Dienstalltages werden. „Solche Gespräche gehören nicht in den Feierabend. Sie müssen fester Bestandteil des Dienstes werden, für den man sich entsprechend Zeit nimmt“, unterstreicht er. Dazu müssten auch Vorgesetzte entsprechend geschult werden. Das wiederum könnten die einzustellenden Psychologen machen.

„Für mich bedeutet all das Wertschätzung“, sagt Jäger. „Ich will, dass die Kolleginnen und Kollegen gesund sind und gesund bleiben.“ ■



Im Gespräch

PSYCHISCHE GESUNDHEIT

Tretmühle Polizei





DP-Gesprächspartnerin
Gundhild Ameln

Foto: privat



Gundhild Ameln ist Psychologin bei der Landespolizei Schleswig-Holstein. Was belastet die Kolleginnen und Kollegen im Dienst? Ist Schwäche zeigen immer noch so verpönt? Und wie entkommt man der Tretmühle Polizei? DP hat mit ihr darüber gesprochen.

Danica Bensmail

DP: Wie ist es um die Psychosoziale Betreuung von Beamtinnen und Beamten in der Landespolizei Schleswig-Holstein bestellt?

Gundhild Ameln: Ich glaube, wir sind da relativ weit. Seit über 20 Jahren haben wir das Konzept der Betreuung nach belastenden Einsätzen. Unsere Betreuer, allesamt Kolleginnen und Kollegen, haben gelernt, Einsätze nachzubereiten und Beratungsgespräche zu führen. Die kommen nicht nur, wenn jemand sagt: Ich bin durch einen Einsatz belastet. Jeder Polizeibeamte kann sich jederzeit an sie wenden.

DP: Wie läuft so eine Ausbildung ab?

Ameln: Ich wähle die Kolleginnen und Kollegen aus und begleite sie bei Bedarf sehr eng durch die Fälle. Die Ausbildung dauert etwa vier Wochen. Es werden kommunikative Fähigkeiten für die Einsatznachbereitung und das Beratungsgespräch gesetzt. Im Anschluss an die Ausbildung finden regelmäßige Supervisionstermine statt, und wir sprechen über Einsatznachbereitungen – alles im Nebenamt natürlich. Im ersten Halbjahr nach der Ausbildung gehen sie gleich mit in Supervisionen. Mir ist es sehr wichtig, dass sie ihr Handwerkszeug direkt üben können. Es ist wichtig, dass sie möglichst schnell an echten Fällen Erfahrungen sammeln.

DP: Ganz schön viel Verantwortung nach vier Wochen Ausbildung. Ab welchem Punkt übernehmen Sie?

Ameln: Wir hatten in der letzten Zeit einige Fälle von Schusswaffengebrauch, auch tödliche. Die Betreuer wissen, dass sie mich dann informieren müssen. Oft merken die betrof-

fenen Kollegen erst nach Wochen, dass es ihnen doch nicht so gut geht – obwohl sich zunächst alles wieder normal angefühlt hat. Wenn die Betroffenen möchten, gehe ich mit ihnen auch ins Einsatztraining. Ich versuche immer sicherzustellen, dass sie bei der Rückkehr in den Dienst nicht alleine sind.

DP: In der Polizei gilt oft: Bloß keine Schwäche zeigen! Besonders mit Blick auf die eigene Psyche. Gibt es da mittlerweile mehr Offenheit?

Ameln: Ich glaube, in der Polizei läuft die Entwicklung parallel zur Gesellschaft. Es gibt eine größere Offenheit für psychische Belastungen. Aber sie ist nicht groß.

DP: Ist das womöglich einem Generationenproblem in der Polizei geschuldet?

Ameln: Das ans Alter zu binden, ist völlig verkehrt. Es gibt engagierte Revierleiter älteren Semesters, die das Thema sehr ernst nehmen. Genauso gibt es jüngere, die den Bedarf an psychologischer Beratung nicht sehen.

DP: Dennoch sagen Sie, Schleswig-Holstein sei bereits auf gutem Weg.

Ameln: Naja, meine eine Stelle war bisher eigentlich auch nur ein Feigenblatt. Ich habe in der Vergangenheit auch bewusst keine Werbung gemacht. Den Bedarf nach Beratungsgesprächen, den ich dann möglicherweise lostreten könnte, wäre ich allein gar nicht im Stande zu decken.

DP: Also der Wunsch nach mehr Personal? Zum Jahresende soll es ja vier weitere Stellen geben ...

Gundhild Ameln machte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen ihren Abschluss als Diplom-Psychologin. Seit 1990 ist sie beim Psychologischen Dienst der Landespolizei Schleswig-Holstein tätig, unter anderem für die Konzeption und Umsetzung der Psychosozialen Unterstützung von Polizeikräften. Sie ist verantwortlich für die psychologische Begleitung der Spezialeinheiten und bietet zudem Supervisionen in festen Gruppen sowie Coaching bei Bedarfswfällen an. Sie beschäftigt sich vorrangig mit dem Thema Prävention von traumatischem Stress.

Ameln: Ich weiß nicht, ob wir den gesamten Bedarf damit decken können, auch wenn wir hier künftig mehr Psychologen sind. Aber es ist ein Anfang. Es gibt viele Tabus bei der Polizei. Die sind in der Polizeikultur dadurch begründet, dass Beamte eine Wohlverhaltenspflicht haben und Straftaten verfolgen müssen. Es gibt ein enges Korsett, in dem man arbeitet. Also sind viele vorsichtig zu sagen, was sie denken, fühlen und erleben. Beispielsweise beim Thema Rassismus. Da haben Beamte das Gefühl, dass sie nicht sagen dürfen, wie sie die Verhältnisse in der Gesellschaft erleben. Zum sprichwörtlichen „sich auskotzen“ gibt es innerhalb der Polizei leider meist keinen Ort.

DP: Mit welchen Sorgen kommen die Beamtinnen und Beamten am häufigsten zu Ihnen?

Ameln: Neben belastenden Einsätzen kommen sie in der Regel wegen persönlicher Belastungen. Da geht es häufig um Trennungsgeschichten. Oder Auszubildende, die zweifeln und sich fragen, ob sie überhaupt geeignet sind für die Polizei. Häufig kommen Kollegen mit bestimmten Ängsten zu uns. Ein Beamter suchte das Gespräch nach einer Demonstrationsslage, weil er das Gefühl hatte, dass es ihm ernsthaft ans Leder gehen könnte. Das hat bei ihm extreme Ängste ausgelöst, als ihm klar wurde, was der Polizeidienst tatsächlich bedeutet: Aus-

”
Der Polizeialltag ist eine Tretmühle. Daraus auszubrechen und etwas für sich zu tun, ist die große Herausforderung.

Zum sprichwörtlichen ‚sich auskotzen‘ gibt es innerhalb der Polizei leider meist keinen Ort.

nahmesituationen und manchmal sogar Lebensgefahr.

DP: Können Sie messen, wie erfolgreich die Gespräche sind, die sie mit den Kolleginnen und Kollegen führen?

Ameln: Nicht immer. Ich bin davon abhängig, dass die Betroffenen sich melden. Manchmal tun sie das, zeitverzögert, sogar

nach einem Jahr. (lacht) Aber das erwarte ich natürlich nicht. Ich mache das gern.

DP: Was ist Ihr Wunsch für die Zukunft?

Ameln: Mein großes Ziel ist, dass wir irgendwann auch mal suizidpräventiv tätig werden können. Bereits in der Ausbildung muss das viel offensiver angegangen werden, als das bislang der Fall ist. Mir schwebt vor, dass wir ganz systematisch Entspannungsübungen anbieten. Die Kolleginnen und Kollegen kommen dann nicht aus der Not oder wegen einer Sorge, sondern erleben Entspannung, fassen sich vielleicht ein Herz und erzählen von sich aus, was sie bedrückt. Das habe ich in der Vergangenheit oft erlebt.

DP: Entspannung trotz Wechselschichtdienst. Klingt nach einer Herausforderung.

Ameln: Die Praxis stellt sich oft schwieriger dar, als das Wollen. Und ich glaube, das geht den Kollegen auch so. Die würden gerne, aber irgendwas ist halt immer. Der Polizeialltag ist eine Tretmühle. Daraus auszubrechen und etwas für sich zu tun, ist die große Herausforderung. Klar mag es Menschen geben, die glauben, sie dürften das auch nicht. Es ist aber auch oft die eigene Trägheit. Mehr dienststellennahe Angebote könnten da helfen.

DP: Man kann niemanden zwingen ...

Ameln: Das entscheidet jeder schon für sich selbst, ob er unsere Angebote wahrnehmen will. Und das respektiere ich, denn es brauchen nicht alle Polizisten alles. Aber es muss für alle ein Angebot geben. Nur sobald diese Angebote verpflichtend sind, löst das bei Menschen das psychologische Konstrukt der Reaktanz aus. Auf neudeutsch: Sie werden bockig, weil sie sich genötigt fühlen. (lacht)

DP: Was legen Sie den Beamtinnen und Beamten nahe, für ihre psychische Gesundheit zu tun?

Ameln: Polizisten müssen lernen, sich selbst zu reflektieren und eine Hierarchie der Dringlichkeiten zu entwickeln. Nicht alles ist immer gleich dringend. Da muss man hartnäckig bleiben. Dazu brauchen wir auch ein Umfeld, das unterstützt: Das ist gut und richtig. Macht das so! Angefangen vom Praktikanten, über die Beamten bis hin zur Führung.

DP: Vielen Dank für das Gespräch



info

Supervision

[lateinisch *super-* über, *videre* sehen], Beratungsmethoden zur Reflexion von Arbeitsprozessen auf der interpersonellen, gruppen-, teammäßigen und organisationsbezogenen Ebene. Ein Supervisor reflektiert die jeweiligen Arbeitsbeziehungen mit deren (abwesenden) Klienten; ebenso Team- und Organisationsprobleme. Dabei kommt es zu Lernfunktionen wie: reflektieren, unterstützen, konfrontieren, Neues probieren, Grenzen setzen, positive Absichten unterstellen, Werte, Positionen und fachliche Standards ver-

deutlichen. Seit vielen Jahren ist die Wirksamkeit von Supervision gut erforscht. Wissenschaftliche Untersuchungen und verschiedene Fachverbände haben Evaluationsstudien vorgestellt. Supervision wirkt vor allem auf der persönlichen und kollegialen Ebene (auch als Burn-out-Vorbeugung).

Quelle: Dorsch Lexikon der Psychologie



Safety Watch TCL MT43AX

Telefonuhr mit Schrittzähler, Pulsmesser, SOS-Funktion und mehr

einmalig für

139,96 €

im Tarif Business Smart Connect S mit Top-Gerät für nur **9,95 € mtl.**¹

Sich gemeinsam sicher fühlen

Die Telefonuhr mit SOS-Funktion

- Notfallknopf für schnelle Hilfe
- Sturzerkennung
- Standortanzeige
- Telefonfunktion und verschiedene Ziffernblätter

Informieren lohnt sich!

- Ihre Vorteilsnummer: **MA023**
- Mitarbeiter-Hotline: 0800 3300 34531
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
- In allen Telekom Shops:
www.telekom.de/terminvereinbarung



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

In Kooperation mit



GdP-Plus
Partner

Alle Preisangaben inkl. 19% Mehrwertsteuer. Das Angebot ist gültig bis 31.12.2021, solange der Vorrat reicht. Der Bereitstellungspreis entfällt. ¹ Die Mindestvertragslaufzeit des Tarifs Smart Connect S mit Top-Endgerät beträgt 24 Monate. Der Vertrag kann zum Ende der Mindestlaufzeit und danach täglich gekündigt werden. Der monatliche Grundpreis beträgt 9,95 €. Der Tarif Smart Connect S mit Top-Endgerät enthält 100 Minuten und 100 SMS pro Monat in alle dt. Netze. Nach Verbrauch der 100 Minuten bzw. 100 SMS beträgt der Preis 0,09 €/Min. bzw. 0,09 €/SMS ins dt. Festnetz und in alle dt. Mobilfunknetze. Zusätzlich ist eine Ortungs-Flatrate (monatlich 500 MB mit max. 128 KBit/s im Download und 128 KBit/s im Upload, danach max. 128 KBit/s im Download und 64 KBit/s im Upload, keine Folgekosten) inkludiert. Die GPS-Ortung funktioniert auch bei reduzierter Übertragungsgeschwindigkeit. Der Tarif ist für die Nutzung mit IoT-Geräten (IoT = Internet of Things) gedacht. Eine Nutzung des Tarifs mit anderen Gerätetypen (z. B. Smartphones oder Tablets) ist unzulässig. Voraussetzung für die Nutzung sind eine Mobilfunk-Verbindung und ein verfügbares GPS-Signal. Eine weitere Voraussetzung für die Nutzung des Tracking-Services ist der Download der zu dem Gerät gehörenden Tracking-App. Das mit der App genutzte Smartphone muss mindestens das Betriebssystem Android™ 6.0 oder iOS 11 haben. Ein Angebot von Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn

CORONA ALS DIENSTUNFALL

Schleswig-Holstein erkennt 23 Anträge von Polizeibeschäftigten an

Ein erster Durchbruch im Ringen um die Anerkennung einer Corona-Erkrankung als Dienstunfall bei der Polizei ist gelungen.

Dietmar Schilff und Wolfgang Schönwald

Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack teilte Ende September mit, dass das Land Schleswig-Holstein bislang 23 in der dortigen Landespolizei bearbeitete Anträge als Dienstunfall anerkannt habe. Weitere elf Anträge seien in Bearbeitung. Auch in Nordrhein-Westfalen habe es schon einige Anerkennungen als Dienstunfall gegeben, wie die GdP auf dem Europäischen Polizeikongress erfuhr. In Berlin gab es bislang sechs anerkannte Fälle.

Sütterlin-Waack betonte: „Unsere Polizistinnen und Polizisten können in ihrem Dienst nicht immer Abstände und Hygieneregeln einhalten. Deshalb habe ich immer gesagt, dass wir uns um an Corona erkrankte Polizistinnen und Polizisten kümmern werden. Diese Zusage halten wir selbstverständlich ein“.

Dietmar Schilff, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), erklärte: „Diese Entscheidung sollte Vorbildcharakter für alle Polizeien in Bund und Ländern haben. Hier wird Wertschätzung und notwendige Absicherung bei einer Erkrankung ernst genommen. Die GdP

ist seit Beginn der Pandemie an diesem Thema dran.“

Nach Aussage aller Länderinnenressortchefs wollen sie die Anerkennung ebenfalls. Ablehnung käme hingegen von den Finanzverantwortlichen, wie mehrere Innenminister bei einer Podiumsdiskussion auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin kundtaten. Hier müssten die Ministerpräsidenten endlich von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen, damit die Umsetzung der hervorragenden Regelung in Schleswig-Holstein endlich auf alle Polizeibeschäftigten übertragen werden könne, so Schilff. Die Polizeibeschäftigten würden ja nicht vorsätzlich krank, sondern setzten ihre Gesundheit und ihr Leben im Dienst für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die innere Sicherheit ein. Da könne man endlich auch die notwendige Fürsorge erwarten und nicht nur warme Dankensworte.

Unabhängig davon führt die GdP derzeit mehrere Musterprozesse und ist auch diesbezüglich weiter mit der Politik im Austausch. Die Kosten für diese Prozesse könne man sich nach der positiven Entscheidung in Schleswig-Holstein sparen, sagte Schilff. ■

**LIFT YOUR
LIMITS**

HAIX®

MEHR POWER IM DIENST



CONNEXIS
GO GTX LTR

**Aktiviert Deine Faszien!
Steigert Deine Leistung!**



haix.de/deutschepolizei

Vor Ort

JUNGE GRUPPE (GdP)

Nachtschicht mit Olaf Scholz

Sechs Tage vor der Bundestagswahl Ende September: Jennifer Otto, Landeschefin JUNGE GRUPPE (GdP) aus Rheinland-Pfalz, sitzt „Am Tisch mit Olaf Scholz“. In der RTL-Sendung stellt sich der SPD-Kanzlerkandidat live den Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. DP war hinter den Kulissen mit dabei.

Danica Bensmail

Berlin-Mitte, 22:30 Uhr: Die Kriminalkommissarin Jennifer Otto wartet im Studio des TV-Senders RTL auf den SPD-Kanzlerkandidaten. Scholz betritt das Studio. Er streckt ihr die Faust zum Gruß entgegen. „Hallo, Olaf Scholz“, sagt er, macht seine Runde um den Tisch und begrüßt die anderen Gäste: eine Rentnerin, eine Landwirtin, eine Lehrerin und ein Gastwirt. Otto sitzt am Kopf des Tisches, in Corona-konformem Abstand zu ihrer Linken, der Kanzlerkandidat. Schnell noch verkabeln und ein letztes Mal abpudern, dann geht es los. Das erste Thema des Abends: Innere Sicherheit.

Herr Scholz, wie schützen Sie die Polizei?

Jennifer Otto fackelt nicht lange, sondern kommt gleich zur Sache. Sie beobachtet die zunehmend raue Atmosphäre auf der Straße mit großer Sorge. Die Gesellschaft habe verlernt, dass sich in den Uniformen Menschen befänden. „Ich habe auch Eltern, Freunde und am Ende will ich auch nur gesund nach Hause kommen“, sagt sie mit Nachdruck in die Kamera. Ihre Frage an den Kanzlerkandidaten: „Wir schützen die Gesellschaft, wir schützen Politiker:innen. Herr Scholz, wie schützen Sie uns?“

Deutschland brauche Gesetze, die dafür sorgen, dass Angriffe auf Polizisten hart bestraft würden, betont der Sozialdemokrat. Nicht alle Reaktionen auf die Polizei seien angemessen. „Wenn man da die Nerven behält, dann kann man schon was, das will ich ausdrücklich dazu sagen.“

Die Gesetze gebe es bereits, widerspricht die Gewerkschafterin, nur müssten diese im Sinne der Beamtinnen und Beamten entsprechend ausgeschöpft werden. Das sei bislang nur bedingt der Fall, denn: „Ganz oft werden Täter erst Monate später, wenn überhaupt, bestraft.“ Das zu beobachten, sei für viele Kolleginnen und Kollegen frustrierend. Scholz nickt.

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn

Die Gewerkschafterin legt direkt nach: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Das sollte ein Satz sein, der Ihnen geläufig ist“, bemerkt die Rheinland-Pfälzerin mit einem Lächeln.



Hatten viel zu besprechen: SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz und JUNGE GRUPPE (GdP) Landeschefin Jennifer Otto aus Rheinland-Pfalz.

„Gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Das sollte ein Satz sein, der Ihnen geläufig ist.“



Die Letzten machen das Licht aus: Nach der Sendung diskutierten die Gewerkschafterin und der Kanzlerkandidat weiter.

Foto: GdP/Hagen/Immel

„Können Sie da Einfluss nehmen, und wollen Sie das tun?“ Keine einfache Frage, denn schließlich ist die Polizei Sache der Länder.

Anstatt sich weg zu ducken, versucht sich der Kanzlerkandidat an einer Antwort: Die SPD fühle sich für das Thema Sicherheit verantwortlich. Die Besoldung von Polizeibeschäftigten müsse in den unterschiedlichen Bundesländern fair geregelt sein, betont Scholz. Er wolle, dass Polizistinnen und Polizisten gut entlohnt würden. Das sei sein Wunsch, „damit man nicht das Gefühl hat, ich muss das Bundesland wechseln, damit ich ordentlich bezahlt werde. Das verstehe ich, und dafür setze ich mich auch ein.“

Föderalismus hin oder her

Der Bund solle die Länder auch in Ausstattungsfragen stärker unterstützen, sagt die JUNGE GRUPPE-(GdP)-Vertreterin. Denn: In einigen Bundesländern hätten die Beamten

nicht einmal Smartphones. Bei einem Vermissenfall müssten alle Streifen deshalb in die Dienststelle fahren, um das ausgedruckte Fahndungsfoto abzuholen. Sprachlosigkeit und Kopfschütteln unter den anderen Gästen.

Auch beim Thema Nachwuchs lässt die Gewerkschafterin nicht locker: Der Personalaufwuchs dürfe nicht auf Bundesebene stoppen. Ja, Polizei sei Sache der Länder, gab die Polizistin zu bedenken. Der Föderalismus sei wichtig, aber „das bringt natürliche Probleme mit sich.“

90 Minuten später: Und mit welchem Gefühl ist die Polizistin aus dem Gespräch gegangen? „Ich war froh, dass ich meine Themen alle anbringen konnte“, sagt Otto. „Ich habe viel positives Feedback bekommen. Am meisten habe ich mich aber über die Rückmeldung meiner Mutter gefreut. Sie hat gesagt: Ich habe dir angesehen, dass du nervös bist, aber du hast es sehr gut gemacht.“

Mama hat Recht. Das finden wir auch. ■

Das passierte nach der Sendung

Es wird spät: Die Landesjugendvorsitzende und der Kanzlerkandidat kommen nach der Sendung (gegen Mitternacht) noch ins Plaudern. „Da haben die im Studio schon angefangen, langsam die Lichter auszumachen“, sagt Jennifer und lacht.

DP: Und, worum ging's?

Jennifer Otto: „Wir haben ganz offen miteinander über die Polizei und den Föderalismus gesprochen. Er meinte, dass es für ihn dadurch schwerer ist, tätig zu werden. Aber er kennt die Themen, die uns beschäftigen. Den Wunsch nach einem bundesweit einheitlichen Polizeigesetz beispielsweise.“

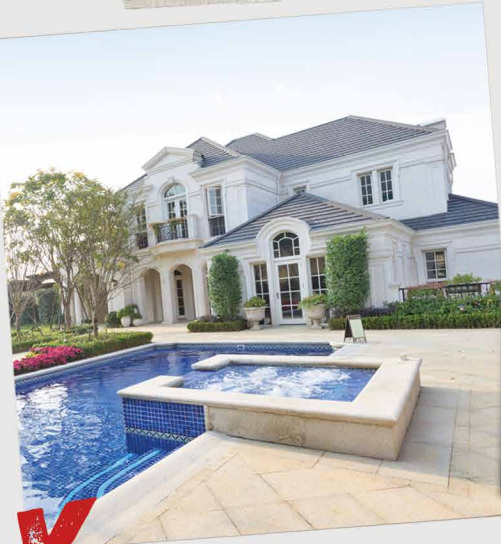
DP: Und was noch?

Otto: „Ich habe ihn gefragt, wie viele Kollegen er zur Sicherheit mit dabei hat. Er meinte nur: Viele. Die begleiten ihn schon morgens beim Joggen. Das spornt ihn an, weil er, sozusagen, seine Trainingspartner nicht hängen lassen will.“ (lacht)

DP: Und wie seid ihr auseinander gegangen?

Otto: Er hat sich stellvertretend bei mir für die Arbeit der Polizei bedankt. Ich habe ihm dann auch ohne Kamera nochmal ganz deutlich gesagt, welche Punkte uns als GdP wichtig sind, und was sich ändern muss. Er hat gesagt, dass er die Absicht hat, für Veränderungen zu sorgen, soweit ihm das möglich ist. ■

Hingeschaut



K
~~Mein Haus!~~



K
~~Mein Auto!~~



K
~~Meine Uh~~

Clankriminalität

Klauen, Kloppen, dicke Klunker: Clankriminalität sorgt medial oft für großes Aufsehen. Wie die Polizei mit vielen Nadelstichen den Clans die Geschäfte erschwert und wie man Aussteiger ermutigen kann, erklärt DP-Autor Christoph Gleixner. Eine kriminologische Einordnung.

Christoph Gleixner



Foto: privat

Im Sommer haben Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius und Justizministerin Barbara Havliza das erste gemeinsame Lagebild von Polizei und Justiz zur Clankriminalität in dem Bundesland für 2020 vorgestellt. Entwickelt wurde es, um die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in der Bekämpfung von Clankriminalität zu intensivieren. Ein fast zwangsläufiger, sicherlich notwendiger Schritt.

Das deutsche Rechtssystem scheint die Täter nicht zu schrecken, ihre Skrupellosigkeit kennt längst keine Grenzen. „Der

rechtstreu Bürger wird als Opfer, die deutsche Gesellschaft als Beute und unsere Gesetze und Regeln als nicht verbindlich betrachtet“, verdeutlichte Bundesinnenminister Horst Seehofer seine Sicht der Dinge in einem Presseinterview.

Wie konnte es so weit kommen?

Begründet wird das Phänomen im Wesentlichen mit einer zum Scheitern verurteilten

Integrationspolitik und einem nicht ziel-führenden Umgang staatlicher Behörden mit führenden Figuren und weiteren kriminellen Akteuren aus dem Dunstkreis der Clanmilieus. Vergangene Versäumnisse ließen Parallelwelten wachsen. Sie stehen der deutschen Mehrheitsgesellschaft konträr gegenüber, die hiesige Rechtsordnung hat dort keinen Platz und stößt auf Ablehnung.

Medienthema

Durch eine rege mediale Zurschaustellung clankrimineller Hintergründe erlangt das Thema breitere Öffentlichkeit. Ist diese gerechtfertigt? Ja. Zwar fällt die quantitative Anzahl an Tatverdächtigen und Ermittlungsverfahren bei einer Betrachtung des Gesamtvolumens krimineller Handlungen kaum ins Gewicht. Sie wirkt jedoch auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und fordert daher die Strafverfolgungsbehörden in höherem Maße. Es ergibt sich ein Missverhältnis zwischen statistischer Präsenz und der ihnen bei der Bewältigung von Einsätzen zu widmenden Aufmerksamkeit.

Abgeschottet

Die clanspezifische Abschottung gewährt ausschließlich Familienmitgliedern Zugang. Für die Polizei wird es nahezu unmöglich, beispielsweise verdeckt ermittelnde Kolleginnen und Kollegen in die klandestinen Strukturen einzuschleusen. Wie gelangt man also an Kenntnisse über geplante Straftaten oder interne Clanstrukturen. Damit, dass Clanmitglieder vor Gericht gegeneinander aussagen, sollte man nicht rechnen. Wer das tut, dem droht der Ausschluss aus der Familie, verbunden mit einer massiven Gewaltandrohung. Zwangsläufig bleiben vertiefte Erkenntnisse über die Clankriminalität im Vergleich zu anderen Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität eher eine Unbekannte.

Deutlich wird dies bereits bei dem Versuch einer einheitlichen Begriffsbestimmung. Denn die ist wichtig, um Vorwürfe eines stigmatisierenden Umgangs mit einer ganzen Personengruppe zu entkräften. Schließlich ist der „Clan“-Begriff hierzulan-

de stark umstritten und kann nicht trennscharf definiert werden.

Bei der von Bundesinnenminister Horst Seehofer 2019 gegründeten Bund-Länder-Initiative zur Bekämpfung der Clankriminalität, kurz „BLICK“, wird an einer einheitlichen Begriffsbestimmung gearbeitet. Eine geeignete Begriffsbestimmung muss vor allem die ausschlaggebenden Kriterien für eine Clanzugehörigkeit berücksichtigen. Niemanden darf und sollte nur aufgrund seines Nachnamens ein kriminelles Handeln unterstellt werden. Pauschalisierungen würden Ressentiments und Stigmatisierungen fördern.

Konfliktlagen und Geschäftsfelder


Wenig überraschend nehmen Straftaten gegen die persönliche Freiheit und Rohheitsdelikte, die sich aus Gewaltstraftaten wie Körperverletzungen oder Raubdelikten zusammensetzen, eine herausragende Position im Vergleich zu anderen Deliktsformen ein – rund 40 Prozent nennt das Lagebild Clankriminalität Niedersachsen 2020.

Neben klassischen Deliktsfeldern wie dem Drogenhandel betreiben kriminelle Großfamilien zudem weniger verbreitete

Geschäftsfelder, darunter das sogenannte Call-ID-Spoofing – zum Beispiel der betrügerische „Enkeltrick“, der deutlich überbeuerte Einsatz von Schlüsseldiensten oder der – vordergründige – Autohandel. Der dient unter anderem dazu, den Transport von Betäubungsmitteln zu verschleiern und ermöglicht den professionellen Verbau von Schmuggelverstecken.

Hieraus illegal resultierende Gelder werden möglichst schnell sauber gewaschen. Es werden Immobilien über Strohleute gekauft, Wettbüros aufgesucht oder Ladengeschäfte wie Shisha-Bars und Frisöre genutzt. Erschwerend hinzu kommt das weit verbreitete „Hawala Banking“. Dabei handelt es sich um ein Geldtransfersystem, das auf dem gegenseitigen Vertrauen der involvierten Personen basiert. Solche Bankgeschäfte ermöglichen die Einzahlung hoher Summen, ohne in deutschen Bankensystemen aufzufallen. Das läuft über Mittelsmänner und festgelegte Kennwörter. Die gewünschten Beträge können so im Ausland ausgezahlt werden, ohne dass es schriftliche Belege über den Zahlungsverkehr oder Hinweise auf Konten gibt. Nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums werden über diese Kanäle jährlich rund 171 Milliarden Euro bewegt.

ANZEIGE



GREEN MOBILITY₂₄

Edles Design und nachhaltige Qualität aus Schweden: die **Charge Amps Halo 11kW**

Jetzt exklusiv für GdP-Mitglieder für kurze Zeit **nur €950,-***

Rabatt-Code: **cA20_GdP21**

www.greenmobility24.de

*Rabatt-Code beim Check-Out eingeben
Aktion gültig bis 31.12.2021 – Nicht mit anderen Rabatten kombinierbar

DP-Autor Christoph Gleixner (22) studiert an der hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) in Wiesbaden und ist Teil der Sportfördergruppe. Der Polizeikommissarsanwärter hat sich in seiner Bachelorarbeit mit dem Phänomen Clankriminalität auseinandergesetzt.



Download: Interessierte finden die Bachelorarbeit in der Online-Ausgabe der November-DP.

Die Clans in der Polizei?

Beobachtet wird, dass gezielt Flüchtlinge rekrutiert werden. Diese Handlanger dienen als frisches Personal für eine Expansion der geschäftlichen Tätigkeiten, zum Beispiel zur Ausweitung des Drogengeschäfts. Zu beachten ist ebenso das offensichtliche Bestreben der Clans, Polizeibehörden zu infiltrieren. In der Vergangenheit sind solche Fälle bekannt geworden.

Im März wurde der Ausschluss eines 23-jährigen vom Bewerbungsverfahren der Berliner Polizei kontrovers diskutiert. Diesem wurde seitens des zuständigen Landes kriminalamtes eine „große räumliche, freundschaftliche und verwandtschaftliche Nähe zu kriminalitätsbelasteten Milieus“ unterstellt. Um die freiheitlich-demokratische Grundhaltung der Polizei auch in der Folge zu wahren, sollte es daher im Interesse der Länder liegen, die Einstellungstests für kriminelle Clanmitglieder so undurchlässig wie möglich zu gestalten.

In den vergangenen Jahren wurden von den Ländern verschiedene Lösungskonzepte erarbeitet. Das Polizeipräsidium Essen, das die meisten Straftaten im Zusammenhang mit Clankriminalität in Nordrhein-Westfalen bearbeitet (12,8 Prozent – Lagebild Clankriminalität NRW 2020), stellte im Dezember 2018 seinen „Aktionsplan Clan“ vor. Dieser ist in Form einer BAO (Besondere Aufbauorganisation) gestaltet, die die Bekämpfung der Clankriminalität in den kommenden Jahren in verschiedene Einsatzabschnitte unterteilt.

Abgestimmte Schritte

Um Clankriminalität auf Sicht erfolgreich zu bekämpfen, muss es das Ziel der Verfolgungsbehörden sein, möglichst viele Informationen über die Familienstrukturen und deren Aktionsfelder zu erlangen. Großangelegte Verbundkontrollen, wie sie vor allem in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden, können sich als sehr nützlich erweisen. Diese basieren auf einer „Null-Toleranz-Politik“, wobei bereits kleinste Vergehen im Bereich des Möglichen unter Strafe gestellt werden sollen. Auch wenn der enorme Personalaufwand im Vergleich zu den festgestellten Straftaten häufig kritisiert wird,



Bachelorarbeit: „Hysterie oder reale Bedrohung, eine kriminologische Einordnung des Phänomens Clankriminalität in Deutschland“

bringt die behördenübergreifende Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Ordnungsamt, Finanzamt und Zoll staatliche Souveränität zum Ausdruck und hilft neue Erkenntnisse über die Geschäftsfelder und Tatbegehungen der Clans zu erlangen.

Klares polizeiliches Leitbild

In einem zweiten Schritt sollten auf Grundlage gewonnener Erkenntnisse weitere Bekämpfungskonzepte erarbeitet werden, die sowohl einen repressiven als auch präventiven Ansatz verfolgen. Das Leitbild muss

sein: „Straftaten dürfen sich nicht lohnen“. Ein bedeutender Grundstein wurde mit dem zum 1. Juli 2017 in Kraft getretenen Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung gelegt. Es ermöglicht eine schnellere und unkompliziertere Vermögensschiebung.

Aussteigen erleichtern

Neben repressiven Instrumenten werden jedoch neue präventive Lösungsansätze notwendig sein, darunter die Entwicklung von Aussteigerprogrammen. Die große Herausforderung wird es sein, entsprechende Anreize zu schaffen. Wie will man schließlich einem Clanmitglied das Angebot machen, seiner Familie, die ihm Schutz bietet, den Rücken zu kehren. Zudem würde in vielen Fällen ein meist luxuriöser Lebensstil aufgegeben werden müssen. Im Raum steht auch, einer regulären Arbeit nachzugehen. Hat die Person keine abgeschlossene Ausbildung, bedeutet dies das erneute Drücken der Schulbank. Die Alternative sind sozialstaatliche Unterstützungen.

Wen ansprechen?

Die Zielgruppe umfasst junge Männer und Frauen. Männer, da sie durch den patriarchalischen Familienaufbau im Vergleich zu den älteren Männern weniger stark in die Clanaktivitäten involviert und somit für Integrationsprogramme grundsätzlich zugänglicher sind. Frauen, weil sie innerhalb der Großfamilien eine elementare Rolle einnehmen. Schließlich basiert das gesamte System der Clans auf einer hohen Geburtenrate. Sollte es also gelingen, die Frauen aus den engen Strukturen zu lösen, würde das System früher oder später an Macht verlieren. Die staatlichen Maßnahmen müssen schließlich die Kraft haben, kriminelle Clanmitglieder zur Einhaltung geltender Rechtsnormen zu bewegen.

Es ist ein dringliches Problem und längst keine Hysterie. Clankriminalität ist bereits heute eine reale Bedrohung für unsere Gesellschaft, den Staat und den Rechtsfrieden. Sie gefährdet das allgemeine Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und die Autorität des Staates. Dem müssen die Sicherheitsbehörden mit großer Konsequenz entgegenreten. ■

Im Gespräch



CLANKRIMINALITÄT

„Der Staat ist stark“

Essen: Die Großstadt im Zentrum des Ruhrgebietes spielt auch eine zentrale Rolle beim Thema Clankriminalität. Ein Gespräch mit dem dortigen Polizeipräsidenten Frank Richter über No-Go-Areas, Dominanzgehabe und die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen kriminelle Großfamilien.

Michael Zielasko

DP: Welche drei größten Erfolge verzeichnet die Polizei Essen im Kampf gegen kriminelle Großfamilien?

Frank Richter: Ich möchte lieber über positive Entwicklungen sprechen als über Erfolge. Zum ersten über das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, die in den von Clans frequentierten Stadtteilen lebt. Als wir mit unseren Aktivitäten gegen die Großfamilien begannen, bestand ein sehr großes Beschwerde- und Anzeigeaufkommen. Jetzt erleben wir einen enormen Rückgang. Früher ging es um das Parken in der dritten Reihe, das Angepöbelt werden. Wir haben dies auf ein großstädtisch-normales Maß zurückfahren können. Beschwerden erreichten uns auch von der Kaufmannschaft. Kunden waren belästigt worden und mieden in der Folge die Geschäfte. Hintergrund waren vor allem Jugendgruppen, die durch ihr offensives Verhalten deutlich machen wollten, ihnen gehöre die Straße. Auch an dieser Stelle konnten wir viel erreichen und erkennen,

dass unsere Maßnahmen greifen. Unter dem Strich hat sich das Stadtbild zum Positiven gewandelt.

DP: Mit welchen Partnern hat die Polizei Essen gearbeitet?

Richter: Es gab eine enge Zusammenarbeit vor allem mit der Stadt. Allerdings eher im zweiten Schritt. Begonnen haben wir allein mit polizeilichen Maßnahmen. Das gilt auch für sogenannte Tumultlagen.

DP: Die zweite positive Entwicklung?

Richter: Genau. Fast wöchentlich hatten wir solche Lagen. Da wurde eine Streifenwagenbesatzung zum Beispiel zu einer Verkehrsbehinderung gerufen. Die notwendigen polizeilichen Maßnahmen konnten wir jedoch oft nur mit der Unterstützung einer Gruppe oder eines Zuges der Bereitschaftspolizei umsetzen. Die Großfamilien haben ihren vermeintlichen Gebietsanspruch in der Stadt nach außen hin aggressiv darge-



Ein Bier für die Heimfahrt?

Now you can.

Heineken 0.0.
Voller Geschmack.
Null Alkohol.



„Die Kollegenschaft will nicht, dass ihre Stadt in einem Sumpf aus Kriminalität versinkt.“



DP-Gesprächspartner
Frank Richter ist Essener
Polizeipräsident.

Foto: privat

stellt. Einfach gesagt: Das ist unsere Straße, hier haben wir zu sagen, haut ab. Meine Kolleginnen und Kollegen waren dort teils von 50 bis 60 oftmals sehr massiv auftretenden Personen umringt. Es blieb nicht nur bei verbalen Äußerungen, da wurde geschubst, gespuckt, getreten, geschlagen. Tumultlagen verzeichnen wir heutzutage mit nahezu null. Das Einsatzgeschehen hat sich enorm gewandelt. Wir führen diese Entwicklung darauf zurück, dass wir niederschwellig und konsequent eingeschritten sind. Öffentlich wurde häufiger im Zusammenhang mit der Clankriminalität von No-Go-Areas gesprochen, übrigens ein Begriff, dem ich kritisch gegenüberstehe, aber bezieht man sich darauf, behaupte ich, dass es solche Lokalitäten in Essen nicht gibt.

DP: Fehlt noch der dritte Punkt.

Richter: Wo wir Bandenkriminalität, Körperverletzungsdelikte und den gewerbsmäßigen Handel mit Betäubungsmitteln feststellten, haben wir mittlerweile relativ hohe Haftstrafen bei Widerstandsdelikten oder gefährlicher Körperverletzung erreicht. Das heißt, dass wir uns auch um die Beweissicherung gekümmert haben. Es wäre grundfalsch zu behaupten, dass bei solchen Verfahren nichts herauskommt. Nicht zuletzt sitzen die Staatsanwaltschaften im gleichen Boot. Potenzielle Täter wissen also mittlerweile genau, dass sie mit empfindlichen Strafen rechnen müssen.

DP: Bekannt ist, dass Großfamilien versuchen, Druck auf Gerichtsverfahren auszuüben.

Richter: Das haben sie in Essen auch getan. Wir mussten den Schutz der Gerichte teils deutlich erhöhen. In der Folge haben wir das mit klarer Kante in den Griff bekommen. Wer behauptet, der Staat ist nicht stark, hat Unrecht. Natürlich ist die Clankriminalität jetzt nicht verschwunden, aber wir haben die ersten Schritte erfolgreich hinter uns gebracht. Und es geht weiter. Zum Beispiel auch bei Verfahren der Organisierten Kriminalität, bei denen wir auch mit nationalen und internationalen Partnern in Verbindung stehen.

DP: Die Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen ist offensichtlich bei der Polizei Essen angekommen.

Richter: Das ist für mich ein zentraler Punkt. Meine Kolleginnen und Kollegen ste-

hen hinter unserer Herangehensweise. Wäre dem nicht so, könnte ich noch so viele Kästchen-Konzepte aufmalen, es würde nichts passieren. Die Kollegenschaft will nicht, dass ihre Stadt in einem Sumpf aus Kriminalität versinkt. Ich spüre und erlebe ihr hohes Engagement – nicht nur bei Einsätzen, sondern auch im Streifendienst. Und das bleibt den Bürgerinnen und Bürgern nicht verborgen und wird spürbar anerkannt.

DP: Entspricht die Medienaufmerksamkeit für arabische Clans auch der tatsächlichen Intensität der Ermittlungsarbeit?

Richter: Essen ist neben Bremen und Berlin ein Hotspot der Clankriminalität. Da ist es klar, dass die Medien berichten. Und in unterhaltenden Serien ist sie auch ein Thema. Womöglich wird sie dort jedoch etwas zu verherrlichend dargestellt. Es ist auf jeden Fall gut, dass Medien ausführlich über Zusammenhänge aufklären und sie einordnen, ob zu viel oder zu wenig möchte ich nicht abschließend beurteilen. Entscheidend ist, dass sie sehen, dass wir etwas tun.

DP: Haben die arabischstämmigen Familien Konkurrenz in ihren kriminellen Geschäftsfeldern?

Richter: Es handelt sich um lukrative Bereiche der organisierten und der Bandenkriminalität, vom Sozialhilfebetrug bis hin zu schwersten Straftaten. Natürlich schauen da auch andere drauf und fragen sich, warum man diesen Gruppen die kriminellen Verdienstmöglichkeiten allein überlassen soll.

DP: Ist der Einfluss tschetschenischer Akteure feststellbar?

Richter: Die handelnden Personen unterscheiden sich regional. Entscheidend ist, wo sie sich niedergelassen haben. In Essen sind es hauptsächlich arabischstämmige Familien aus der Türkei. Unter diesen gibt es Auseinandersetzungen, wo die Geschäftsfelder nicht klar aufgeteilt sind. Beginnend mit der Flüchtlingskrise stießen Menschen aus Syrien und dem Irak, teils mit gleichen Wurzeln, dazu. Deren Haltung ist sicher: Was die können, können wir bestimmt auch. Zu Beginn waren diese Personen noch als Läufer im Drogengeschäft eingesetzt, heute schließe ich nicht aus, dass sie das Geschäft übernehmen wollen. Wir haben jedenfalls ein Auge drauf, auch auf potenzielle neue Mitspieler.

DP: Wie läuft die behörden-beziehungsweise länderübergreifende Zusammenarbeit?

Richter: In Essen funktioniert die Kooperation mit dem Zoll, der Steuerfahndung, der Bezirksregierung, der Bundespolizei und vor allem den Kommunen ausgezeichnet und reibungslos. Und die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft ist die Basis unseres erfolgreichen Ansatzes. Ich betone noch einmal: Wenn jede der Behörden seine Handlungsfelder beackert, ohne in die Kompetenzen der anderen einzugreifen, dann zeigt sich der Staat von seiner stärksten Seite.

DP: Wie funktioniert es über die Stadtgrenzen hinaus?

Richter: Mit Bremen und Berlin stellt überwiegend das Landeskriminalamt die Verbindung her. Mir ist besonders der Austausch der Praktiker wichtig. Wir freuen uns also über Besuch aus der Hauptstadt oder von der Weser. Die Kolleginnen und Kollegen schauen sich unsere Modelle an, und wir reflektieren anhand deren Erfahrungen, wo wir besser werden können. Es ist ja nicht nötig, das Rad immer wieder neu zu erfinden.

Mit Schweden verbindet uns übrigens auch ein sehr enger Austausch. Vielen ist nicht bekannt, dass in den Vorstädten von Malmö und Stockholm gravierende Probleme mit kriminellen Großfamilien bestehen. Die erste Frage der schwedischen Gäste war, wie viele Langwaffenangriffe wir pro Woche haben? Schweden ist also nicht nur Bullerbü, da geht es um Schießereien, um Angriffe mit Handgranaten ...

DP: Auch auf die Polizei?

Richter: Ja, es betrifft das gesamte Geschehen. Auf alle, die die Kreise stören, und untereinander. Am schwedischen Beispiel kann man gut erkennen, was passiert, wenn man ein Problem zu lange ignoriert. Das soll kein Vorwurf sein, schließlich handelt es sich um politische Fragen. Auch Niederländer und Spanier erkundigen sich über unsere Vorgehensweise. Je breiter der praktische Austausch, je besser.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Innenleben

**FÜR UNS,
FÜR MORGEN**

27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei

AUF DEM WEG ZUM BUNDESKONGRESS 2022

Meilensteine

Die Antragsberatungskommission (ABK) berät gemäß Paragraf 16 Abs. 4 der Satzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Anträge für den Bundeskongress und die Personengruppenkonferenzen vor und gibt eine Empfehlung für die Abstimmung der Delegierten ab. Der Inhalt der Anträge soll sich an der grundlegenden Aufgabenstellung der Gewerkschaftsarbeit orientieren. Sie sind spätestens fünf Monate vor dem Kongress mit Begründung dem Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand einzureichen. Dieser ordnet die einzelnen Anträge einem entsprechenden Sachgebiet zu – zum Beispiel Beamtenrecht, Tarifrecht, Sozialpolitik oder Satzung.

Die Mitglieder der ABK setzen sich aus Vertretern der GdP-Landesbezirke und -Bezirke sowie der Personengruppen Frauen, Senioren und Jugend zusammen. Wichtig ist, dass die Mitglieder der ABK Delegierte des Bundeskongresses beziehungsweise der Personengruppenkonferenzen sein müssen. Den Vorsitz der ABK führt prinzipiell ein GBV-Mitglied. An deren Sitzung können weitere Mitglieder des GBV sowie Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre der Bundesgeschäftsstelle mit beratender Stimme teilnehmen.

Am **5. und 6. Oktober** tagte die **Antragsberatungskommission (ABK) für**

die **Bundesseniorenkonferenz im Januar 2022** in Potsdam. Unterm Strich lagen 40 Anträge vor. Inhaltlich beschäftigten sie sich unter anderem mit barrierefreier Mobilität, altersgerechten Digitalisierungsangeboten und verbesserten Bedingungen in der häuslichen Pflege.

Am **12. und 13. Oktober** tagte die **ABK für die Bundesjugendkonferenz im Januar 2022** in Berlin. Es lagen 57 Anträge vor, die sich unter anderem mit politischer Bildung in der Polizei, Digitalisierung und der Stärkung der politischen Jugendarbeit beschäftigten.

Die **ABK für die Bundesfrauenkonferenz** tagt – nach Redaktionsschluss – am **19. und 20. Oktober 2021** in Berlin. Hier werden 22 Anträge beraten.

ANZEIGE

Free-TV in HD
schon inklusive

Neu: mit Sky Q übers Internet fernsehen!
Jetzt 20% Preisvorteil sichern auf gdp.de/gdp-plus



16. BUNDESJUGEND KONFERENZ 2022

Wann

Das Konferenzjahr 2022 wird mit der 16. Bundesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE (GdP) am 24. und 25. Januar 2022 eröffnet.

Wo

In Berlin, im Holiday Inn, in der City-West.

Wer

111 Delegierte aus 16 GdP-Landesbezirken und den Bezirken Bundeskriminalamt (BKA) und Bundespolizei. Damit wird es die größte Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei auf Bundesebene seit 2 Jahren und großes Wiedersehen.

Was

Die Delegierten stimmen über 57 Anträge ab. Unter anderem zu so wichtigen Themen wie politische Bildung in der Polizei, Digitalisierung und die Stärkung der politischen Jugendarbeit. Zuvor wurden die Anträge durch die Antragsberatungskommission (ABK) gesichtet.

Wichtig

Die 16. Bundesjugendkonferenz findet unter besonderen Pandemie-Voraussetzungen statt. Abschließende Informationen über mögliche Teilnehmerbeschränkungen und Hygienebestimmungen erhalten die Teilnehmenden persönlich sobald wie möglich.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) blickt mit Spannung Richtung Januar. Viele Themen! Viele Aufgaben! Wir haben viel vor für 2022. Gemeinsam wollen wir unsere Ziele erreichen. Also, packen wir's an!

Wer, wenn nicht wir?

PROFESSIONELLE POLIZEILICHE GESPRÄCHSFÜHRUNG

Ein Lehr- und Trainings-Handbuch mit praxisnahen Übungen

Von **Susanne Nolden**.

1. Auflage 2020

Umfang: 216 Seiten

Format: 16,5 cm x 24 cm, Broschur

Preis: 24,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0878-6

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 21,99 € [D]

Im Polizeialltag treffen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte immer wieder auf Situationen und Menschen, die sie in höchstem Maße fordern – auch kommunikativ.

Dieses Lehr- und Trainingsbuch stellt ein neues Konzept und Modell für den Erwerb notwendiger Kompetenzen für die professionelle polizeiliche Gesprächsführung vor. Es zeigt anhand verschiedener Gesprächssituationen auf, wie die Polizei etwa in schwierigen Lagen mit psychisch kranken oder psychisch gestörten Personen wie auch im Umgang mit Gewalttätern oder Opfern einer Straftat zu einer professionellen polizeilichen Gesprächsführung findet. Neu an diesem Werk ist, dass die Gesprächsführung als Teil der polizeilichen Lagebewältigung betrachtet wird. Bei dem daraus entwickelten Kommunikationsmodell orientiert sich die Autorin an der Struktur der polizeilichen Arbeitsweise, indem sie die drei Phasen der Gesprächsführung (Eröffnungsphase, Maßnahmenphase und Abschlussphase) mit dem klassischen Modell der Einsatzlehre (Vorbereitung, Aktion und Nachbereitung) koppelt.

Mit diesem Buch gibt die Autorin damit der Polizei das notwendige Rüstzeug an die Hand, das es ihr ermöglicht, sicher und überzeugend in der Öffentlichkeit aufzutreten und auch schwierige Situationen der Polizeipraxis erfolgreich zu bewältigen.



DIE AUTORIN

Regierungsdirektorin **Susanna Nolden** lehrt Psychologie und Einsatztraining an der HfPV in Kassel.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Im Gespräch



DP-Gesprächspartner Winfried Wahlig ist GdP-Bundesseniorenvorsitzender.

Foto: GdP/Hagen Immel

DIE ÄLTEREN IM ALLTAG

Digital oft abgehängt

Seit 30 Jahren wird am 1. Oktober der Internationale Tag der älteren Generation begangen. DP sprach mit dem GdP-Bundesseniorenvorsitzenden Winfried Wahlig.

Michael Zielasko

DP: Lieber Kollege Wahlig, was macht seit 1991 dieser Tag für Lebensältere so wichtig?

Wahlig: So einen Tag international auszurufen ist deshalb wichtig, weil es in allen Ländern der Erde für ältere Menschen bestimmte Probleme gibt – wenn auch natürlich ganz unterschiedliche.

DP: Ist der Alltag für Lebensältere heutzutage eher leichter oder schwerer als noch vor 20 oder 30 Jahren?

Wahlig: Es gab und gibt für Lebensältere in allen Generationen Schwierigkeiten im Alltag. War es früher die schwere körperliche Arbeit – oft bis weit in die späten Jahre hinein –, die die Lebensälteren, ich sage mal, sehr erschöpft hat, so ist es in neuerer Zeit das mögliche hohe Alter, das vielen älteren Menschen rein körperlich und gesundheitlich zu schaffen macht. Und heute macht es auch der schnelllebige Alltag und die umfangreiche Technisierung – gerade auch bei der zunehmenden Digitalisierung – vielen älteren Menschen nicht leichter.

DP: Mehr Mitbestimmung ist ein wichtiges Anliegen für Seniorinnen und Senioren. Wo hapert es am meisten?

Wahlig: Am meisten bei den Lebensumständen in der eigenen Wohnumgebung, also in der eigenen Gemeinde oder Stadt. Da wird geplant und gebaut, damit der Ort attraktiver, schöner, einkaufsfreundlicher wird. In den zuständigen Entscheidungsgremien sitzen aber in der Regel keine Seniorinnen und

Senioren, die die Wünsche älterer Menschen mitentscheidend einbringen können. Beispiele: Fußgängerzonen werden eingerichtet und wunderschön gepflastert. Ein älterer Mensch mit Rollator kann sich da kaum vorwärts bewegen. Auf Gehwegen dürfen Verkaufsstände der Geschäfte aufgestellt werden, Tische und Stühle der Gastronomie machen die Gehbereiche eng. Dazu dürfen Fahrräder – von denen im Zusammenhang mit der Klimaproblematik sinnvoller Weise immer mehr unterwegs sind – auch Gehwege benutzen. Dann noch schnelle Elektroroller und, und. Da soll jetzt ein älterer verunsicherter Mensch mit seinem Einkaufswagen seine Erledigungen machen ...

DP: Wo fühlt sich die ältere Generation benachteiligt oder sogar abgehängt?

Wahlig: In dieser schnelllebigen Zeit wird nicht berücksichtigt, dass ältere Menschen in vielen Bereichen das Tempo nicht mitgehen können. Im digitalen und technischen Bereich gibt es doch fast täglich noch neuere, noch bessere Produkte, deren Bedienung aber immer komplizierter wird. Im Nachrichten-, Werbe- und besonders im Behördenbereich ist man ohne Internetzugang und ohne EDV-Kenntnisse einfach ausgeschlossen, teils abgehängt. Selbst in den klassischen Fernsehnachrichten wird man für weitere Informationen auf das Internet verwiesen. Das geht teilweise so weit, dass manche Omas und Opas ohne die Hilfe ihrer Enkel ihre Bürger- und Meldepflichten gar nicht mehr erfüllen können.

DP: Im Wahlkampf ist sehr viel über die junge Generation gesprochen worden. Sind der Politik die Bedürfnisse Älteren nicht bedeutsam genug? Ist deshalb auch eine starke Seniorenlobby über die Gewerkschaften gefragt?

Wahlig: Dass die junge Generation so im Fokus stand, hängt natürlich mit dem Anliegen des Klimaschutzes zusammen. Das hat auch seine Berechtigung. Es ist schließlich eine bedeutende Zukunftsfrage. Und bei der Zukunftsgestaltung denkt man eher an junge als an alte Menschen. Und der Vorwurf der Jungen, dass sich die heutigen Alten zu wenig um diese Klimafrage gekümmert haben, ist ja auch nicht ganz unberechtigt. Trotzdem hat die Bedeutung der älteren Generation zugenommen. Das liegt schon allein daran, dass es immer mehr ältere Menschen gibt. Und viele Menschen sind für die Politik auch viele Wähler. Außerdem gibt es zwischenzeitlich viele Seniorenorganisationen, die sich sowohl um die Zunahme der Bedeutung Lebensälterer in der Politik bemühen als auch um deren Alltagsprobleme. Auch in den Gewerkschaften, und hier insbesondere in der GdP, hat die Seniorenarbeit an Bedeutung zugenommen. Trotzdem müssen wir, wie man so schön sagt, noch dicke Bretter bohren.

DP: Euer Motto der Anfang 2022 stattfindenden Bundesseniorenkonferenz ist „Erfahrung gestaltet Zukunft“. Wie nehmt ihr die „Unerfahrenen“ mit?

Wahlig: Es gibt keine unerfahrenen Menschen. Jeder hat seine Lebenserfahrung. Wichtig ist doch, was man aus dieser Erfahrung macht. Und da jede Lebenserfahrung von Bedeutung ist, wünschen wir uns als GdP-Seniorengruppe, dass deren Erfahrungen in unsere Arbeit eingebracht werden und wir damit die Zukunft für die Jungen und die Alten gestalten können.

DP: Hast Du noch einen guten Rat an die jüngere Gewerkschaftsgeneration?

Wahlig: Ja natürlich: Ihr jungen Kolleginnen und Kollegen, bringt eure Zukunftswünsche und -vorstellungen ein, kämpft für sie – fragt dabei aber auch hin und wieder ältere Kolleginnen und Kollegen, denn diese Weisheit gilt nach wie vor: Man muss das Rad nicht immer wieder neu erfinden.

DP: Viel Erfolg für die Konferenz und auf eurem Weg alles Gute.

Innenleben



DP-Autor
Ewald Gerke ist stellvertretender GdP-Bundesseniorenvorsitzender.

Foto: GdP/Hagen Immel

NACH DER BUNDESTAGSWAHL: SENIORENPOLITISCHE THEMEN

Mit der Politik reden

Auch für Lebensältere spielt der Klimaschutz eine wichtige Rolle. Doch es gibt noch eine Reihe weiterer wichtiger Themen für unsere Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Ewald Gerke

Die Interessen und Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren sollten stärker berücksichtigt werden und politische Entscheidungen nicht ohne ihre Mitwirkung und Mitgestaltung getroffen werden. Wir fordern daher die Schaffung einer Rahmengesetzgebung auf Bundesebene, die die Grundzüge der Seniorenbeteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene regelt.

Alter nicht diskriminieren

Menschen in Rente und Pension erhalten schwieriger einen Kredit, müssen höhere Versicherungsprämien zahlen oder werden bei der Vergabe von Wohnungen und bei verschiedenen Ehrenämtern wie Schöffen oder ehrenamtlichen Richtern benachteiligt. Wir fordern eine Änderung des Grundgesetzes (GG) und die Erweiterung um das Diskriminierungsmerkmal „Alter“ in Artikel 3, Absatz 3 GG. In das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll zudem der Diskriminierungstatbestand aufgrund des Alters aufgenommen werden.

Digitalpakt für Ältere

Um angesichts fortschreitender Digitalisierung weiterhin am gesellschaftlichen und ökonomischen Leben uneingeschränkt teilnehmen zu können, brauchen Ältere ein Recht auf ein Leben ohne Internet. Analoge Zugänge und Angebote, zum Beispiel bei Behördenangelegenheiten, dem Fahrerscheinkauf oder Bankgeschäften müssen weiterhin ohne Nachteile wie erhöhte Servicegebühren verfügbar sein. Digitale Gesundheitsangebote und Technologien dürfen immer nur

unterstützend und ergänzend eingesetzt werden, niemals jedoch als Ersatz für Personalstellen gelten.

Mobil bleiben

Ein konsequenter Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erhöht die Mobilität älterer Menschen. Spezielle Senioren-Tickets können für ein dem Rentenniveau angepasstes und dadurch bezahlbares Beförderungsentgelt sorgen. Zeitliche Einschränkungen darf es bei der Nutzung nicht geben. Darüber hinaus müssen in Kommunen mit guter ÖPNV-Versorgung Parkplätze zur Anbindung an den ÖPNV geschaffen werden. Die anschließende Nutzung dessen muss dadurch entgeltfrei sein. Öffentliche Seniorenmitwirkungsgruppen sollten bei Ausschreibungen von Verkehren angehört werden. So werden Anforderungen an öffentliche Mobilität passgenauer auf die lebensältere Zielgruppe abgestimmt. Wir fordern Parkplätze für Menschen mit Versorgungsausweis oder Rentenausweis, insbesondere zur Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr. Diese sollen analog zu speziellen Parkplätzen für Behinderte und Frauen entstehen, um Wege einfacher und zugänglicher zu machen. Wo Seniorinnen und Senioren zu Fuß ihre Erledigungen vornehmen, müssen sie barrierefrei unterwegs sein können, dies also auf genügend breiten Gehwegen ohne Fahrverkehr und Hindernisse.

Wohnen im Alter

Gebraucht werden dringend gesetzliche Rahmenbedingungen für bezahlbare Mie-

ten. Die Förderung altersgerechten Wohnungsneubaus und -umbaus ist auszuweiten. Die Rückbaupflicht für barrierefreie Mietwohnungen ist abzuschaffen (Paragraf 554 a Bürgerliches Gesetzbuch). Die kontinuierliche Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften oder betreutem Wohnen im Rahmen eines Bundesprogramms ist zu gewährleisten.

Innere Sicherheit

Gerade ältere Menschen werden verstärkt Opfer von Straftaten. Gezielte Präventionsprogramme und polizeiliche Beratungsstellen müssen für diese Aufgaben auf beziehungsweise ausgebaut werden. Präventionsprogramme müssen bundeseinheitlich gestaltet und umgesetzt werden, um den Nutzern einheitliche Informationsplattformen zu bieten. Der in der polizeilichen Beratung bestehende föderale Flickenteppich muss vermieden werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommune nach bundesweit einheitlichen Organisationsstrukturen ist anzustreben. Bundesweit einheitliche kriminalpräventive Netzwerke in analoger oder digitaler Form sind zu bilden.

Den Sozialstaat sichern und ausbauen

Die langfristige Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und ihr hohes Leistungsniveau müssen durch solidarische Lösungen garantiert werden. Wir fordern Veränderungen im Bereich der Pflege und hier insbesondere der häuslichen Pflege und Betreuung von zu pflegenden Angehörigen. Aufgrund des BundesarbeitsgerichtsUrteils vom 24. Juni 2021 (BAG, Az. 5 AZR 505/20) müssen die Entlohnungsgrundsätze von ausländischen Pflegekräften neu geregelt werden. Die Zuzahlung für Arzneimittel muss gestrichen werden. Ebenso fordern wir den ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent für alle frei zugänglichen Arzneimittel, Hilfs- und Heilmittel. So werden auch die Ausgaben der Krankenkassen gesenkt. Zudem müssen Arzneimittel geschlechtergerecht geprüft werden, dabei sind Nebenwirkungen nach Geschlecht sowie Alter aufzulisten. ■

Alles für Dich drin!



Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.

Jetzt einloggen und Vorteile checken!

www.gdp.de/GdP-Plus



Polizeiautohaus.de



Hast Du Fragen oder Anregungen?
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.
Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de
Telefon 0211 7104 250

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!



**GdP-Plus
Partner**

Im Gespräch

WOHIN STEuern DIE „NEUEN RECHTEN“?

„Es reicht ein Blick in die Geschichte“

Wie entstand in Deutschland die „Neue Rechte“? Der Historiker Dr. Volker Weiß beschäftigt sich schon lange mit der „Autoritären Revolte“ – so der Titel seines Grundlagenwerkes zum Thema. Thomas Gesterkamp sprach für DP mit dem Autor.

Thomas Gesterkamp

DP: Herr Weiß, der letzte Verfassungsschutzbericht legt einen Schwerpunkt auf die dynamische Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland. Das war nicht immer so. Was veränderte sich in der Behörde seit den NSU-Morden und dem Abgang von Präsident Hans-Georg Maaßen?

Volker Weiß: Tatsächlich hat der Verfassungsschutz in letzter Zeit beispielsweise dem extrem rechten Flügel der AfD sowie dem damit verbundenen Netzwerk um den Antaios Verlag und das private „Institut für Staatspolitik“ Aufmerksamkeit zukommen lassen. Doch was wir beim Verfassungsschutz jetzt über die „Neue Rechte“ lesen, ist in der Forschung seit Jahren bekannt. Ich



Mitte September in Dresden: Demonstration der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung vor dem Hauptbahnhof.

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

PRODUKTE

SERVICE

Sie sind hier > Startseite

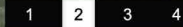


Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...



Schießanlage Offenbach

Im Herzen von Offenbach am Main steht die alte Hassia Fabrik, sie beherbergt seit Jahren kreatives Leben. Hier entstehen innovative Ideen, davon zeugen die zahlreichen Start-ups, die die Räumlichkeiten seit Jahren für sich... [\[mehr erfahren\]](#)



NEUE ARTIKEL



MultiBands – das Reifensicherheitsystem

Mit MultiBands kann ein Fahrzeug, dessen Reifen beschädigt wird und oder platzt weitergefahren werden. Wie funktionieren MultiBands? Das System ist so einfach wie genial: Das MultiBand ist letzten Endes ein... [\[mehr erfahren\]](#)

SCHWARZES BRETT

Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [\[mehr erfahren\]](#)

Keine Ausgabe mehr verpassen mit einem Abonnement!

Die Polizeipraxis kommt bequem zu Ihnen nach Hause. Mit einem Abonnement zum Preis von 15,00 Euro (incl. MwSt. und Versand) pro Jahr erhalten Sie zweimal jährlich die Polizeipraxis. Mit der ersten, bzw. [\[mehr erfahren\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

meine ohnehin, dass ein Geheimdienst nicht das richtige Mittel zur Bekämpfung der extremen Rechten ist. Das zeigte zumindest die Vergangenheit. Schon das erste NPD-Verbotsverfahren ist 2003 an fragwürdigen geheimdienstlichen Praktiken gescheitert. Maaßen sollte die durch den NSU-Skandal offenbar gewordenen Mängel im Amt beheben. Heute wissen wir, wie tief er selbst durch rechte Denkmuster geprägt ist. Sein Nachfolger Thomas Haldenwang legt nun deutlich mehr Elan an den Tag und setzt die Szene unter Druck. Dennoch sehe ich die neu eingeführte Kategorie der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ sehr skeptisch. Für Leute, die unter den Farben des alten Reichs demonstrieren, braucht es keine neue Kategorie, da reicht ein Blick in die Geschichte.

DP: Wo sehen Sie in der Rückschau den Startpunkt der Neuen Rechten?

Weiß: Das lässt sich nicht auf ein Ereignis oder ein Datum festlegen. Es handelt sich weitgehend um die Wiederbelebung vorhandener Theorietraditionen. Das grundlegende Gedankengut – die Ablehnung des Gleichheitsprinzips zugunsten eines nationalistisch grundierten Antiliberalismus und einer autoritär gegliederten Gesellschaft – wurde spätestens in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts ausformuliert, greift aber auch auf Traditionen der Generalklärung zurück. Auf diesen Theoriekanon bezieht sich die Neue Rechte. Wichtig ist die Phase Ende der sechziger Jahre, vor allem nach dem Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1969. Man hat danach etwas zwischen deren NS-Nostalgie auf der einen Seite und dem demokratisierten Konservatismus der Bundesrepublik auf der anderen gesucht. Es gab immer wieder Konjunkturen dieser Strömung, auch in den achtziger und neunziger Jahren. Neu ist, dass sie inzwischen ein nennenswertes Publikum erreicht und relevanten Einfluss auf eine Partei, die AfD, hat.

DP: Relativ wenig bekannt ist, wie lange es rechte Medienaktivitäten gibt. Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) erscheint seit über zwei Jahrzehnten. Später kamen „Compact“, „Sezession“ und der Antaios Verlag hinzu. Repräsentieren sie unterschiedliche Richtungen der Szene? Welche Verbindungen gibt es?



Volker Weiß. Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes.

Verlag Klett-Cotta, 2017
304 Seiten, 20 Euro
ISBN 978-3608949070

Weiß: Die „JF“ kann als „Mutterschiff“ der Szene bezeichnet werden, für das viele der heute relevanten Akteure gearbeitet haben. Sie agiert allerdings seit den neunziger Jahren sehr vorsichtig und konnte in jahrelangen Verfahren gegen eine Nennung in Verfassungsschutzberichten vorgehen. Das „Institut für Staatspolitik“ ist zur Jahrtausendwende aus ihrem Umfeld heraus gegründet worden, über ein Jahrzehnt arbeitete man eng zusammen. Das änderte sich, als der Kreis in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) mit einem immer radikaleren Habitus kokettierte und sich Institutsgründer Karlheinz Weißmann, zugleich Hausideologe der „Jungen Freiheit“, vom Institut zurückzog. Mit der Zeitschrift „Cato“ und der „Bibliothek des Konservatismus“ in Berlin gibt es für ihn heute seriöser auftretende Plattformen mit mehr Reichweite. „Compact“ ist ein anderer Fall, mit dem dessen Gründer Jürgen Elsässer nach jahrzehntelanger Odyssee durch alle Verästelungen der radikalen Linken endlich seine Rolle als Volkstribun spielen konnte, nur jetzt auf der Seite der Rechten. Inhaltlich funktioniert das sehr schlicht, in weiten Teilen verkündet Elsässer einfach das genaue Gegenteil seiner früheren Dogmen. Insgesamt hat sich das mediale Feld der rechtsextremen Szene enorm verbreitert, mittlerweile konkurriert man untereinander. Nicht zuletzt geht es um die Erschließung neuer Zielgruppen und Marktanteile. Auch die politische Rechte ist ein Geschäft.

DP: Die Neue Rechte hat ideologische Vorläufer, beruht auf alten Traditionen. In Ihrem Buch beschäftigen Sie sich mit Leben und Werk des Schweizer Armin Mohler, der den Begriff „Konservative Revolution“ mitgeprägt und verbreitet hat. Was macht den inzwischen verstorbenen Autor so einflussreich?

Weiß: Vor allem wurde er erfolgreich zur Legende stilisiert. Bei Lichte betrachtet ist Mohlers Weg zum Spiritus Rector der Neuen Rechten eine Abstiegs Geschichte. Als Sekretär von Ernst Jünger nach dem Krieg und anschließender Korrespondent in Frankreich war er ein gefragter Autor und Politikberater. Seine Analysen über Charles de Gaulle und das Frankreich der Nachkriegszeit beispielsweise wurden viel gelesen. Franz Josef Strauß ließ sich von ihm beraten, aber am Ende wirkte er nur noch auf eine kleine Sze-



DP-Gesprächspartner Dr. Volker Weiß

ist promovierter Historiker. Er ist Verfasser einer international beachteten Studie zur „Konservativen Revolution“ und veröffentlicht regelmäßig Texte zur neurechten Szene, unter anderem für die Wochenzeitung „Die Zeit“ und „Spiegel online“.

Foto: Annette Hauschild

ne am rechten Rand. Wäre er nicht durch die Siemens-Stiftung ökonomisch unabhängig gewesen, hätte er kaum so erfolgreich Netzwerke pflegen und Zeitschriften fördern können. Aber er hat erfolgreich Nachwuchs rekrutiert. Die führenden Köpfe der Neuen Rechten werden heute nicht müde, seinen Einfluss auf ihr Leben zu betonen.

DP: Eine wichtige Initialzündung für rechtes Gedankengut war die millionenfach verkaufte Streitschrift „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin. Der Ex-Politiker nutzte geschickt seine Mitgliedschaft in der SPD, erst nach langem Hin und Her wurde er ausgeschlossen ...

Weiß: Das war kein Ruhmesblatt in der Parteigeschichte. Sarrazin hatte rote Linien überschritten, vor allem durch seine Spekulationen über Vererbung von Intelligenz. Hätte er sich auf Fragen des Säkularismus

und der Einwanderung beschränkt, wären seine Thesen durchaus diskutabel gewesen. Allerdings atmete das Buch, so fragwürdig es auch war, passagenweise noch deutlich den Machbarkeitsgeist des „Social Engineering“, also gewissermaßen einer sozialdemokratischen Urtugend. In einigen Gestaltungsvorschlägen unterschied sich Sarrazin deutlich von seinen rechten Verehrern, die das jedoch konsequent ignorierten. Seine Nachfolgepublikationen ließen dann keinen Zweifel mehr daran, dass er sich in dieser Gesellschaft wohl fühlte.

DP: Immer wieder hat es Versuche gegeben, rechte Parteien zu etablieren, von der NPD über die „Republikaner“ bis zur DVU. Warum gelang der Durchbruch erst mit der AfD-Gründung?

Weiß: NPD, DVU und REPs waren auf Länderebene zum Teil durchaus erfolgreich, an-

ders als die AfD haben sie jedoch nie den Sprung in den Bundestag geschafft. Damit konnte die deutsche Rechte endlich ihrem Vorbild, der österreichischen FPÖ, nachzueifern. Vor allem war es wohl eine spezifische Kulmination von äußeren Krisen, angefangen von den europäischen Währungsturbulenzen bis zur Zuspitzung der Fluchtbewegung im Mittelmeerraum. Zudem gab es früh potente Geldgeber, die die Partei als lohnende Investition ansahen und die materielle Grundlage der Arbeit bereitstellten. Diese Spendenflüsse beispielsweise aus der Schweiz werden gerade aufgearbeitet.

DP: Welche Rolle spielten die Pegida-Proteste? Vom „Untergang des Abendlandes“ ist inzwischen weniger zu hören als noch vor ein paar Jahren ...

Weiß: Das Phänomen Pegida blieb regional begrenzt. Der Sprung zu einer bundeswei-

ANZEIGE

Terrado[®]

Terrado Networks GmbH
Am Schomacker 8
46485 Wesel
info@terrado-networks.de

Fortschritt in Höchstgeschwindigkeit

In Zeiten des High-Speed-Internets und großen zu übertragenden Datenmengen reichen herkömmliche Kupferkabel oft nicht mehr aus. Um hier innovativ Abhilfe zu schaffen, sind mittlerweile Glasfaserkabel flächendeckend im Einsatz. Wir realisieren diese Leitungssysteme sicher und zuverlässig.

ten Massenbewegung ist nie gelungen. Dieser Umstand relativiert auch die vor allem in Sachsen starken Mobilisierungserfolge. Grundsätzlich dienen solche Bewegungen eher als Katalysatoren. Die von ihnen entfaltete Dynamik wird entweder institutionell kanalisiert oder sie verpufft. Dauermobilisierungen sind schwierig zu leisten. Die westdeutsche Friedensbewegung zum Beispiel war wesentlich breiter aufgestellt und länger aktiv, brauchte aber auch die Grünen, um ihre Vorstellungen in konkrete Politik zu übertragen. Während sich aber die verschiedenen Kräfte, die sich bei den Grünen sammelten, immer mehr dem parlamentarischen Betrieb anpassten, ist bei Pegida und AfD eher gegenläufig eine fortwährende Radikalisierung zu beobachten. Pegida ist im Dezember 2014 entstanden, im Oktober 2019 hielt Gründer Lutz Bachmann eine Rede, in der er die Gesellschaft in eine „schaffende“ Seite und eine „entartete“ der „Maden“ und „Parasiten“ auf der anderen einteilte. Damit hatte sich Pegida endgültig zu einer Strömung entwickelt, deren Spitzenpersonal in Denken und Diktion öffentlich nationalsozialistische Ideologie verfocht. Ich bin bis heute erstaunt, dass dieser Auftritt Bachmanns keine juristischen Konsequenzen hatte.

DP: Sie diagnostizieren verblüffende Parallelen zwischen Verteidigern des „Abendlandes“ und Islamisten...

Weiß: Beide Strömungen sind ultrakonservative, die sich unter dem Druck der gesellschaftlichen Modernisierung radikalisiert und dynamisiert haben. Es handelt sich um klassische Reaktionen auf globale Entwicklungen. Und wir wissen aus der Geschichte, dass diese in der Defensive noch vehementer und militanter sein können. Gerade weil es erfolgreiche Bewegungen etwa zur Gleichstellung der Geschlechter oder für die Rechte von Minderheiten gab, kämpfen diese Kräfte umso vehementer dagegen. Der politische Antisemitismus zum Beispiel nahm erst nach der rechtlichen Gleichstellung der Juden im Deutschen Reich richtig an Fahrt auf. Ähnlich agiert heute auch der politische Islam, der weltweit mit säkularen und emanzipatorischen Ideen konfrontiert wird.

DP: Vor allem die „Identitäre Bewegung“ nutzt spektakuläre Aktionsformen, provoziert auf subversive Art – mit Methoden, die früher eher dem linken und links-

“
Was nicht ins Weltbild
passt, soll den
eigenen Horizont
erst gar nicht
mehr erreichen.

extremen Milieu zugeordnet wurden. Hat die Rechte dazu gelernt in Sachen Öffentlichkeitsarbeit?

Weiß: Nur bedingt, ähnliche Formen sind beispielsweise auch in der Werbewirtschaft verbreitet. Außerdem war die historische Rechte in der Vergangenheit durchaus sehr versiert in moderner Propaganda, wie ein Blick auf Faschismus und Nationalsozialismus zeigt. Man ist aber fraglos smarter geworden, strategischer. Das hat am Anfang vor allem geholfen, mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Allerdings hat sich mittlerweile wohl herumgesprochen, dass die Identitären alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen.

DP: Messengerdienste wie Telegram werden von rechten Akteuren und ihren Sympathisantenkreisen intensiv genutzt, „Systemmedien“ wie die großen Zeitungen oder der öffentlich-rechtliche Rundfunk dagegen abgelehnt. Wozu führen diese abgeschlossenen Echokammern, wie sie die Medienwissenschaft nennt?

Weiß: Man vermeidet jeden Widerspruch und kommuniziert nur noch zur Bestätigung des eigenen Weltbildes. Es lässt sich der paradoxe Effekt beobachten, dass Leute, die sich über eine angebliche „Gleichschaltung“ der Medienlandschaft beklagen, ihren Horizont so noch mehr einschränken. Was nicht ins Weltbild passt, soll den eigenen Horizont erst gar nicht mehr erreichen. Vor allem unterliegen die Meldungen und Texte aus solchen Quellen keiner Qualitätskontrolle, während seri-

öse Medien, so tendenziell sie auch sein mögen, gewisse Standards beachten müssen. Das schafft dann Raum für die abenteuerlichsten Gerüchte und Behauptungen.

DP: Inwiefern beobachten Sie eine Radikalisierung der Szene?

Weiß: Nicht nur rhetorisch sind die Schranken gefallen. Der Lübcke-Mord war da natürlich ein Fanal, aber auch Waffenfunde und die Bildung von Netzwerken wie „Nordkreuz“ und „Uniter“ sind besorgniserregend. Besonders alarmiert es mich, wenn die Beteiligung von Angehörigen des Sicherheitsapparates bekannt wird. Ich befürchte auch, dass der mühevoll errichtete Damm gegen die AfD nicht ewig halten wird und sich Kräfte finden werden, die sich mit Hilfe dieser Partei die Macht sichern wollen. Die Thüringer Konstellation im Frühjahr 2020 war möglicherweise nur ein Vorgeschmack.

DP: Wie sollten aus Ihrer Sicht die Sicherheitsbehörden mit der Neuen Rechten umgehen?

Weiß: Wie ich schon eingangs sagte, halte ich die Herausforderung durch die extreme Rechte für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das können die Sicherheitsbehörden allein nicht leisten. Aber es muss selbstverständlich auch auf interne Probleme geachtet werden. NS-Propaganda in Chats von Beamten verstößt gegen grundlegende Prinzipien und darf nicht aus einem möglichen Korpsgeist heraus toleriert werden.

Da es sich bei der Neuen Rechten überwiegend nicht um eine gewalttätige Subkultur handelt, wird sie leicht unterschätzt. Trotz aller „revolutionärer“ Rhetorik ist das langfristige Ziel dieser Leute weniger der Kampf gegen den Staat als der Zugriff auf seine Instrumente. Daher sollten sich alle Sicherheitsorgane bewusst sein, dass sie ein attraktives Ziel für Einflussnahmen bieten. Es macht beispielsweise schon stutzig, wie viele der Akteure eine Vorgeschichte etwa im Militär haben. Vor allem sollten aber endlich einige Schemata hinterfragt werden. Die Extremismus-Doktrin, die stets von einer unbelasteten Mitte ausgeht, übersieht schlicht, welche Wirkung die hier diskutierten Weltbilder bis in genau diese Mitte hinein entfalten können – und wie sehr sich auch extreme Bewegungen aus dieser „Mitte“ rekrutieren können. Das wissen wir aus der Geschichte und sehen es auch in der Gegenwart immer wieder. ■

Vor Ort



Am 14. und 15. September veranstaltete das Fachorgan „Behörden Spiegel“ zum 24. Mal den „Europäischen Polizeikongress“ in Berlin. Traditionell kamen Fachleute aus dem Bereich der Sicherheit, nationale und internationale Politikerinnen und Politiker, Führungskräfte sowie Gewerkschafts- und Personalvertreterinnen und -vertreter zum Meinungsaustausch zusammen.

Dietmar Schilff

Strenge Sicherheits- und Hygieneregeln herrschten unter Corona-Bedingungen zwei Tage im Berlin Congress Center, als sich Mitte September Hunderte Teilnehmende über Sicherheitsthemen verständigten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) war mit Verantwortlichen aus den einzelnen Bundesländern, der Bundespolizei und vom Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) vertreten.

Die stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek, Michael Mertens sowie der Autor selbst zählten ebenso zu den Experten wie GdP-Bundeskassierer Clemens Murr, der erneut der Jury für die Auszeichnung der besten Master- und Bachelor-Arbeiten angehörte. Wir konnten viele Kontakte festigen und zugleich mit neuen Fachleuten sprechen, uns in den Fachforen und im Plenum einbringen und gewerkschaftliche Positionen darstellen.

Film mit aktuellen Pandemie-Bezug

Bei der Zusammenfassung des diesjährigen Polizeikongresses habe ich mir die rhetori-

rische Frage gestellt, was der EPC mit den Filmen des Geheimagenten mit der Lizenz zum Töten, James Bond, zu tun hat. Den aktuellen Film mit 007 konnte ich mir bei der Deutschlandpremiere um 0.07 Uhr in der Nacht des 30. September ansehen und habe Schnittmengen festgestellt.

Auf den ersten Blick sieht man zwar keine Verbindung, außer wenn man den Wodka-Martini gerührt oder geschüttelt genießt. Geht man der Sache jedoch auf den Grund, schon eher. Nicht nur, dass der neue, bereits vor zwei Jahren abgedrehte Film die weltweite Verbreitung eines menschengemachten Virus thematisiert, geht der Zusammenhang mit der Pandemie unter die Haut – auch wenn der Covid-Virus sich von selbst verbreitet.

Man stellt auch bei 007-Filmen fest, dass immer wieder die Bösewichte auf dem neuesten Stand der Technik sind und die Welt ohne die Innovationen von „Q“, dem genialen Film-Wissenschaftler des Geheimdienstes Ihrer Majestät – dem Secret Service –, schon lange verloren wäre.

Diese Erfindungen bilden die Schnittmenge zwischen Bond und dem EPC inmitten der Hauptstadt. Wenn man durch die

Messe geht und die Vielzahl der Innovationen zur Aufrechterhaltung und Stärkung der inneren Sicherheit sieht ... es ist unglaublich. Die Fachleute aus der Polizei und der Politik haben es wirklich nicht leicht, aus dem Angebot das Beste auszuwählen, zumal die Preisunterschiede sicherlich erheblich sind und die Haushaltsrestriktionen das ihre tun. Hinzu kommen Datenschutzregeln und das Verhältnismäßigkeitsgebot, wichtige Bestandteile unseres Rechtsstaates.

Überstunden angesichts vieler Einsatzlagen

Innere Sicherheit darf weder am Geld noch an rechtlichen Unzulänglichkeiten scheitern! Dies stellten auch die Innenminister und -senatoren in einer vielbeachteten Diskussionsrunde fest. Die Belastungen und Herausforderungen der Polizeibeschäftigten in Pandemiezeiten standen im Mittelpunkt des Gesprächs mit mehreren Ressortchefs. Ein deutlicher zahlenmäßiger Anstieg der Demonstrationen, neue Formen der Gewalt gegen Einsatzkräfte und ein Überstundenberg bei Beamtinnen und Beamten, so das Fazit in dem Forum vor Sicherheitsexperten aus dem In- und Ausland. Deshalb gab es einhelligen Dank für die großartigen Einsätze der Polizei.

Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) verwies auf den deutlichen Anstieg der Überstunden angesichts vieler Einsatzlagen. Er würdigte die Einsatzbereitschaft der Beamtinnen und Beamten. Sie stünden an vorderster Front und riskierten ihre Gesundheit. Zugleich dankte er anderen Bundesländern und dem Bund für die personelle polizeiliche Unterstützung vor allem bei sogenannten Querdenken-Demonstrationen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bezog sich auf die hohen Belastungen der Einsatzkräfte bei der Internationalen Automobilmesse IAA in München. Unter Corona-Bedingungen seien täglich Tausende Polizistinnen und Polizisten vor Ort gewesen, damit die Sicherheit garantiert werden konnte.

Die Polizei habe auch in der Pandemie Hervorragendes geleistet, vor allem in Aufgabenbereichen, für die sie nicht originär zuständig sei, betonte Sachsens Innenminister Roland Wöllner (CDU) mit Blick auf Corona, Abstandsregeln und eingehalte-

Foto: privat



Auf dem Europäischen Polizeikongress im September in Berlin: (v.l.) die stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Michael Mertens, Jörg Radek und Dietmar Schilff.

nen Regelungskontrollen. Viele Versammlungslagen seien herausfordernd gewesen. Zudem sei die Rechtsprechung bei Großeinsätzen diskussionswürdig.

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) kritisierte, die Polizei hätte früher geimpft werden müssen. Die Entscheidung der Ständigen Impfkommission (Stiko) sei nicht uneingeschränkt nachvollziehbar gewesen. Das Versammlungs-geschehen sei anstrengend durch eine Vielzahl kleiner Veranstaltungen, meist wegen der gleichen Leute.

Einig waren sich die Innenressortchefs auch beim Thema „Dienstunfallschutz bei Corona-Infektionen“. Während die Finanzministerkonferenz einstimmig dagegen votiert habe, hätte die Innenministerkonferenz einstimmig dafür gestimmt. Die Frage, die ich mir als Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes zu diesem Thema gestellt habe, ist, warum die Länder-Regierungschefs mit ihren Koalitionären für die Landespolizeien sowie die Bundeskanzlerin für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt hier keine wertschätzende und notwendige Entscheidung getroffen haben. Die Hunderten Briefe, die wir als GdP geschrieben und die zahllosen Gespräche, die wir geführt haben, müssten der Politik eigentlich die Augen geöffnet haben. Nun macht das

Land Schleswig-Holstein den Vorreiter und erkennt Corona-Erkrankungen im Dienst als Dienstunfall an. (Hinw. d. Red: siehe Seite 12) Alle anderen sollten folgen!

Einig waren sich die Innenpolitiker, dass die Polizei mehr Personal, bessere Ausstattung und Ausrüstung – und dafür mehr Geld – benötigen und die Polizeibeschäftigten eine bessere Bezahlung verdienen, unter anderem eine Erhöhung der Polizeizulage, mindestens wie sie im Bund gezahlt würde.

Neben der „Innenministerrunde“ befassten sich hochkarätige Fachvorträge und Fachforen mit Themen im Bereich der Sicherheitsarchitektur, so zu Herausforderungen in der Pandemie, zum Grenzschutz in Europa, zur Organisierten Kriminalität, zum Hass im Internet, zu Cybercrime sowie mit konkreten Praxisproblemen wie Ausstattung, Ausrüstung, Digitalisierung inklusive Künstlicher Intelligenz (KI), Verkehr und Gewalt gegen Polizei.

Polizeiarbeit nicht nur ein Wahlthema

Die GdP stellt seit Jahren klare Forderungen zur Stärkung der inneren Sicherheit sowie zur Unterstützung der Polizeibeschäftigten aller Bereiche bei ihrer immer schwieriger werden-

den Arbeit. Es ist dringend notwendig, unter Beibehaltung föderaler Strukturen eine bundesweite Investitionsoffensive zu initiieren. Diesbezüglich hat die GdP im Vorfeld der Bundestagswahlen mit der Politik intensive Gespräche geführt und auch Zuspruch erhalten. Das Personal muss verstärkt und gestärkt, modern ausgestattet und ausreichend geschützt sowie die Bezahlung und das Arbeitsumfeld verbessert werden. Funktionierende innere Sicherheit sorgt neben sozialer Sicherheit, Integration und guter Bildung für eine freie, gemeinschaftsorientierte Gesellschaft. Die GdP erwartet, dass unabhängig von Wahlen die politisch Verantwortlichen in Bund und den Ländern sich dieser Verantwortung noch stärker annehmen.

Der Europäische Polizeikongress war wieder sehr innovativ und interessant und egal, ob man James Bond mag oder nicht, richtig bleibt die Feststellung, dass die innere Sicherheit mehr Geld, Personal, innovative Technik und klar beschlossene rechtliche Rahmenbedingungen im In- und Ausland benötigt. Wenn die innere Sicherheit bröckelt, Extremisten an den Rändern unsere Demokratie kaputt machen und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihren Grundfesten erschüttern wollen, dann spaltet dies unsere Gesellschaft. Das kann und darf niemandem egal sein! ■

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Zukunft Mobilität

Mobilität im Wandel

Mehr Infos auf
www.zukunft-mobilitaet.info

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

Freistoß-Dummys gehen an Fußballjugend

Wolfgang Schönwald

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff übergab dem Präsidenten des Berliner Fußball-Verbandes (BFV), Bernd Schultz, Anfang Oktober die rund 100 sogenannten Freistoß-Dummys der Wertschätzungskampagne, die stellvertretend für die Polizeibeschäftigten im Frühjahr zum Auftakt vor dem Berliner Reichstag „demonstrierten“. Der BFV wird diese wohlthätige Spende an den Jugendfußball weiterreichen.

Unter dem Motto „100% Einsatz verdienen 100% Einsatz“ hatte sich die mitgliederstärkste Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten hierzulande seit dem Frühjahr an die Politik und Bevölkerung gewendet. Die Forderungen der GdP-Kampagne werden Schilff zufolge „beileibe nicht in der Mottenkiste landen“. Die GdP werde die Forderungslage offensiv in die künftig beginnenden Koalitionsgespräche einfließen zu lassen.

BFV-Präsident Schultz dankte für die kostenlose Übergabe dieser Trainingsmit-

tel. Gerade in diesen schwierigen Corona-Zeiten sei jegliche Unterstützung des Trainingsbetriebs willkommen. „Wir wissen, dass insbesondere die Arbeit der Vereine für das gesundheitliche Wohl der Jugendlichen sowohl im körperlichen als auch im psychischen Bereich ausgesprochen wichtig ist“, sagte er. Mit Blick auf das Fußballgeschehen dankte Schulz den polizeilichen Einsatzkräften für ihre Arbeit. GdP-Vize Schilff würdigte im Gegenzug das große ehrenamtliche Engagement, vor allem im Bereich des Amateurfußballs. ■

Blauer Himmel und grüner Rasen im Berliner Friedrich-Ludwig-Jahnsportpark: GdP-Bundesvize Dietmar Schilff (2.v.l.) und der Präsident des Berliner Fußball-Verbandes (BFV), Bernd Schultz (2.v.r.). Unterstützt wurde Schilff von seinen Vorstandskollegen Hagen Husgen (l.) und René Klemmer (r.).



IT'S ALL PART OF THE JOB

ENGLISCH FÜR DIE POLIZEI - Lehr- und Arbeitsbuch

Von **Nick Henricks**



12. Auflage 2021
Umfang: 236 Seiten
Format: 27,5 x 21,5 cm, Broschur
Preis: 29,00 € [D] / ISBN: 978-3-8011-0810-6

Das Lehr- und Arbeitsbuch wendet sich an Lernende in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland.

Für die vorliegende 12. Neuauflage wurde die methodisch-didaktische Konzeption, der Inhalt und die Gestaltung durch die Autoren und den Verlag dieses Lehr- und Arbeitsbuchs komplett überarbeitet, erneuert und um Audiodateien angereichert. Ziel der Autoren war es, möglichst praxisnahe polizeiliche Inhalte auszuwählen und aufzubereiten.

Die thematische Bandbreite in den 12 Kapiteln erstreckt sich dabei von „THE BASICS OF BEING A POLICE OFFICER“ bis hin zu „TERRORISM, EXTREMISM AND POLITICALLY MOTIVATED CRIME“.

Die einzelnen Kapitel gliedern sich in Haupt- und Unterthemen ergänzt um die wichtigsten, im Kapitel verwendeten grammatikalischen Regeln. Weiterhin finden sich darin für die Lernenden zahlreiche (Hörverstehens-) Übungen sowie eine themenbezogene Vokabelliste.

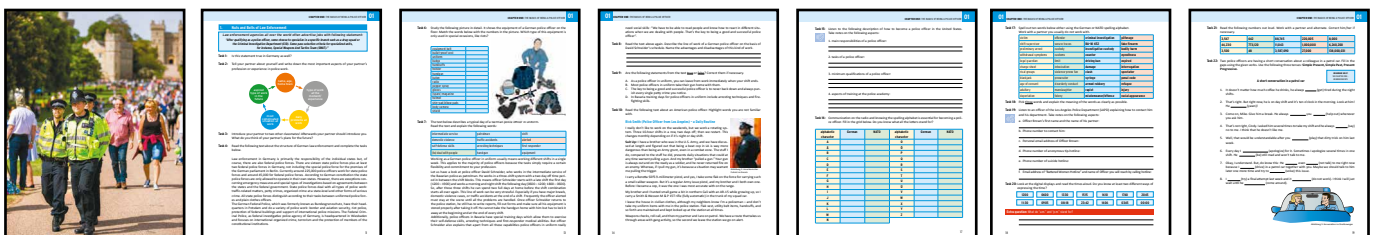
Zugrunde gelegt wurde dafür in der Regel jeweils die amerikanische Sprachvariante.

Damit vermittelt das Lehr- und Arbeitsbuch „IT'S ALL PART OF THE JOB“ auch in dieser von Grund auf neu gestalteten Ausgabe die erforderlichen sprachlichen Kompetenzen für den Umgang und die Kommunikation mit Englisch sprechenden Personen im polizeilichen Alltag.



DER AUTOR

Nick Henricks, Poizeikommissar, studierte Anglistik und war als Studienreferendar an bayerischen Gymnasien sowie an weiterführenden Schulen im englischsprachigen Ausland tätig. Nach seiner Ausbildung zum Kriminalkommissar beim BKA ist er seit 2020 als Dozent am AFZ der Bundespolizei in Bamberg tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Erscheinungstermin: 01.07.2021 – jetzt schon vorbestellen

Innenleben

ERFOLGSGESCHICHTE

Mehr Tarifstellen – und zwei Sitze im PHPR!

Seit 2016 kann die Polizei Nordrhein-Westfalen (NRW) einen steten Kräftezuwachs auch im Bereich der Tarifbeschäftigten verzeichnen. Die Kölner Silvester-Nacht 2015/16, in der es zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen im Bereich des Hauptbahnhofes und des Doms gekommen war, ist der unrühmliche Ausgangspunkt. Er hat der Landesregierung die Augen geöffnet und den Weg für weitere Stellen bereitet.



Alexandra Engler und Jutta Jakobs

Dass Einsparungen und Stellenstreichungen ein völlig falscher Ansatz sind, hatte schon die damalige Landesregierung erkannt. Heraus kamen Maßnahmenpakete und neue Stellen.

Eine sofortige Erhöhung der Planstellen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte führt jedoch nicht zu einem schnellen Effekt. Entlastung winkt frühestens nach drei Jahren und erfolgreichem Studienabschluss. So wurden kurzfristig Lebensarbeitszeitverlängerungen vereinfacht und Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen, die aufgrund ihrer Ausbildungen sofort zur Verfügung standen.

Diesen Weg führte die folgende Landesregierung fort. Von ursprünglich 350 sind seither jährlich mehr als 500 Stellen im Haushalt eingebracht worden. Gesucht und gefunden wurden Verwaltungspersonal wie Spezialisten. Die Polizei NRW stellte beispielsweise Fachinformatiker und Hochschulabsolventen zur Ermittlungsunterstützung in der Forensik und speziell in dem Deliktsbereich Kinderpornografie (KiPo) ein, Finanzexperten für Wirtschafts- und Finanzermittlungen, Kfz-Meister für die Kontrollen des Schwerlastverkehrs oder Journalisten in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ausgehend von rund 6.600 Stellen im Jahr 2018 sind mittlerwei-

le mehr als 9.000 Tarifier in der NRW-Polizei beschäftigt. Hiervon sind ab 2022 immerhin 246 Stellen für Tätigkeiten ab der Entgeltgruppe (EG 13) vorgesehen.

GdP-Erfolg

Dies ist ein Verdienst der GdP, die stetig auf die desolate Personalsituation in den Behörden aufmerksam gemacht hat. Damit zeigte sie immer wieder, die Konsequenzen aus der falschen Personalpolitik in den vergangenen Jahren auf. Die polizeiliche Arbeit ist mit den Aufgaben von vor 30 Jahren eben nicht mehr zu vergleichen. Der Einzug und die schnelle Entwicklung der Technologie erfordern auch in der Polizei einen Fortschritt. Übrigens: Wir benötigen weiterhin mehr Spezialisten, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können.

Als nächstes werden wir in NRW für mehr Stellen im Verwaltungsbereich kämpfen. Die mehr als 2.500 zusätzlichen Beschäftigten haben ein Anrecht darauf, dass ihre Anliegen und Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber in der personalführenden Stelle zeit- und sachgerecht bearbeitet werden. Die vielen Neueinstellungen haben in Teilen zu einer Überbelastung des Verwaltungspersonals geführt. Sie konnten so ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Auch die erhöhte Anstellung von Kommissarsanwärterinnen und -anwärter führte bisher noch nicht zu einer Aufstockung des Verwaltungspersonals. Dies sollte in der Folge ein weiterer Schritt für eine vernünftige Personalpolitik bei der Polizei NRW sein.

Erfreuliche Entwicklung

Durch die vielen Neueinstellungen hat sich eine erfreuliche Änderung in der Zusammensetzung des Polizei-Hauptpersonalrates ergeben. Seit 2021 sind für die „Gruppe der Arbeitnehmer“ 2 von 15 Plätzen zu vergeben. Die GdP hat mit einem grandiosen Wahlergebnis nicht nur ganz NRW „grün“ gemacht, sondern auch beide Tarifvertreter-Sitze im Polizeihauptpersonalrat (PHPR) souverän gewonnen. Die GdP ist mit einer starken Liste in den Wahlkampf gegangen, und wir, Alexandra und Jutta, werden nun als ordentliche Mitglieder des PHPR die Interessen der Tarifbeschäftigten vertreten. ■

ANZEIGE

REISEMARKT

www.PolizeiDeinPartner.de

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyon-tour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Hingeschaut



Foto: picture.Vitaly/stock.adobe.com

RÜBERGEMACHT

Ein Volkspolizist auf Westbesuch – Teil 2

In dieser dreiteiligen Serie erzählt der ehemalige Volkspolizist Uwe Bräuning von seinen Erlebnissen während eines zehntägigen Beamtenaustauschs mit dem Westen im März 1992. Teil 2: Technik, die begeistert.

Uwe Bräuning

Am nächsten Tag absolvierte ich meine erste Nachtschicht in der Kreispolizeibehörde Steinfurt. Allerdings nicht direkt an der Seite von Ludger, da dieser vor einiger Zeit den Funkwagen gegen einen Funktisch in der Einsatzleitstelle eingetauscht hatte.

„In aller Regel verlaufen die Nachtschichten hier unter der Woche sehr ruhig. Das Einsatzgeschehen tendiert dann gegen Null.“ Mit diesen Worten stimmte mich Ludger auf eine, vermeintlich, ruhige Nacht ein. Zum Beginn der Schicht erfolgte eine Einweisung durch den Dienstgruppenleiter, ein blutjunger Oberkommissar. Den nahm jedoch anscheinend niemand richtig ernst. Der „wahre Chef“ schien der Wachdienstführer, ein älterer, leicht übergewichtiger, gemütlicher Hauptkommissar zu sein, den alle nur „Teddy“ nannten.

Nach der Einweisung teilte Teddy die Streifenwagenbesatzungen ein und wies ihnen ihre Bereiche zu. Eine Besatzung

„Sag mal, warum habt ihr euch die tollen grünen Uniformen wegnehmen lassen?

agierte als Zivilstreife. Mich überraschte die zahlenmäßige Stärke der aus zwölf Einsatzkräften bestehenden Schicht. In der Polizeiwache Seelow standen für eine Schicht selten mehr als vier bis fünf Einsatzkräfte zur Verfügung.

Ich wurde einem Mittvierziger im Rang eines Polizeiobermeisters zugeteilt. Bevor es hinaus auf Streife ging, bestückten wir den Streifenwagen der Marke VW Passat mit den notwendigen Ausrüstungsgegenständen, zum Beispiel Schreibunterlagen, Alkoholmessgerät und Handfunkgerät.

Zu jener Zeit stand den Einsatzkräften in der Polizeiwache Seelow und anderswo in Brandenburg zum überwiegenden Teil lediglich die alte DDR-Technik zur Verfügung.

Streife gefahren wurde nach wie vor im Lada oder Wartburg. Die waren ebenso wie das überalterte Funksystem den Anforderungen der neuen Zeit längst nicht mehr gewachsen. Das gleiche traf auf die Ausstattung mit Telefonen und Schreibmaschinen zu. An Computertechnik war 1992 in den Polizeiwachen noch nicht einmal zu denken. Daher bedeutete meine erste Schicht „im Westen“ für mich gleich etwas wie der Kontakt mit einer neuen Welt.

„Gib mir doch bitte mal das ‚Zwei-Meter‘, rief mir mein Streifenpartner nach einigen Minuten zu. „Bitte, was?“ „Na, dass Zwei-Meter-Gerät. Das liegt doch direkt neben dir.“ Woher sollte ich wissen, dass die Polizei in der Bundesrepublik schon seit vie-

len Jahren ein 4-Meter-Funknetz für größere Reichweiten und ein 2-Meter-Funknetz für den nahen Bereich nutzte? Bei dem besagten Zwei-Meter handelte es sich um nichts anderes als um das Handfunkgerät für den 2-Meter-Funkverkehr, über den überwiegend interne Dinge abgewickelt wurden.

Die nächste Blamage ließ nicht lange auf sich warten. Nach einer ereignislosen Stunde bot mir der Kollege den Platz auf dem Fahrersitz an. Ich wagte nicht, das gut gemeinte Angebot abzuschlagen. Zögernd setzte ich mich hinters Steuer. Dann drehte ich den Zündschlüssel um. Irgendetwas stimmte hier nicht. „Warum fährst du nicht los?“, wollte mein Kollege wissen. „Wo ist denn die Gangschaltung?“ „Gangschal-

Ein Angehöriger der Grenztruppen (NVA) der DDR genießt nach der Grenzöffnung die Frühlingssonne am DDR-Grenzübergang Lübeck-Travemünde.





Thüringen 1992: Polizeikräfte präsentieren ihre neuen Uniformen.

Foto: Hans-Hinrich Müller

tung?“ Der Kollege schaute mich an, als hätte ich einen schlechten Witz gerissen. „Der Streifenwagen verfügt doch über ein Automatik-Getriebe!“

Ein paar Minuten später hatte ich das Prinzip begriffen. Stolz steuerte ich den Funkwagen durch die Nacht. Völlig ruhig gestalteten sich die kommenden Stunden allerdings nicht. Dafür sorgte der nach dem Prinzip „Jeder hört jeden“ konzipierte Funkverkehr. Pausenlos folgte ein Funkspruch dem nächsten. Andererseits sorgten zwei schwere Verkehrsunfälle im Bereich des Landkreises Steinfurt, bei denen vier Personen starben, für ausreichend Arbeit. Bei einem der Unfälle leisteten wir Unterstützung an der Verkehrsunfallstelle. Vorfälle wie diese standen damals in Brandenburg auf der Tagesordnung. Gerast und gestorben wurde aber auch in Nordrhein-Westfalen, wie mir der Kollege später aus eigener Erfahrung bestätigte.

Polizisten finden schnell gemeinsame Gesprächsthemen. Selbstverständlich in-

teressierte sich mein Streifenpartner für die aktuellen Probleme der Brandenburger Polizei. Wobei mich seine erste Frage dann doch überraschte: „Sag mal, warum habt ihr euch die tollen grünen Uniformen wegnehmen lassen?“ Die Frage war tatsächlich ehrlich gemeint. Mein Kollege haderte mit der damaligen, einheitlichen bundesdeutschen Polizeiuniform. Er konnte nicht verstehen, dass die Polizisten im Osten derart erpicht auf die eher zweckmäßige als modische Dienstbekleidung waren. Ich versuchte ihm zu erklären, dass der Uniformwechsel einen hohen symbolischen Charakter besaß. Wobei ich es bereits damals für einen Irrglauben hielt, dass man die eigene Vergangenheit wie eine Dienstbekleidung ablegen und eintauschen kann.

Wir kamen auch auf die Rolle der Polizei als „Erfüllungsgehilfen der Politik“ zu sprechen. Ein Umstand, welcher der ehemaligen Volkspolizei zu Recht immer wieder vorgeworfen wird. Wie ich aus dem Mund des Kollegen erfuhr, war in dieser Hinsicht auch in

der „alten Bundesrepublik nicht alles optimal gelaufen“. Mein Gesprächspartner hatte beispielsweise während seiner Zeit bei der Bereitschaftspolizei einige Einsätze gegen

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

Demonstranten im Bereich der legendären „Startbahn West“ erlebt. „Immer, wenn die Politiker nicht weiterwissen, muss die Polizei alle Defizite ausbaden“, bemerkte er im bitteren Unterton.

Später, während unserer Pause in der Dienststelle, kam ich auch mit anderen Kollegen ins Gespräch. Schnell bemerkte ich, dass uns mehr verband, als trennte. Polizisten sind in erster Linie ganz normale Menschen – die jedoch einen Beruf ausüben, in dem es nicht immer normal zugeht. Dazu gehören vor allem der Umgang mit Tod, Leid und Gewalt. Auch Gewalt gegen die eigene Person. Und eben die Erfahrung, dass die Politik nicht immer der Polizei im eigentlich notwendigen Umfang den Rücken stärkt, sie jedoch eigenes Versagen auf die Ordnungshüter abzuwälzen versucht.

Während der Pause erlebte ich eine weitere Premiere. Den Umgang mit einem Fahndungs-Computer und den Systemen ZEVIS und INPOL. Wachdienstführer Teddy führte mir persönlich die verschiedenen Recherchemöglichkeiten vor. So unglaublich es auch klingen mag: Wir arbeiteten in Seelow noch immer mit dem Fahndungsbuch. In dem mussten sämtliche aktuellen Fahndungsausschreibungen und Löschungen per Hand aktualisiert werden. Eine Tätigkeit, die sich kaum jemand antun wollte. Anfragen zu Fahrzeughaltern mussten schriftlich in der Zulassungsstelle eingereicht und begründet werden. Hier in Steinfurt brauchte man nur die entsprechenden Daten in die Suchmaske eingeben, um Sekunden später eine Antwort zu erhalten. Die elektronische Personenrecherche beinhaltete auch die Option, polizeiliche Erkenntnisse zu erlangen. Blitzschnell erfuhren die Polizisten beispielsweise, dass sie es bei ih-

rer Kontrolle mit einem gewalttätigen, mehrfach wegen Raub und Körperverletzung verurteilten Zeitgenossen zu tun hatten. Teddy erlaubte mir, einen Seelower Ganoven im INPOL zu überprüfen. Die Fülle der Informationen versetzte mich in Erstaunen. So erfuhr ich zum ersten Mal, dass der von mir auserwählte Mann den Spitznamen „Juwelen-Eddy“ trug. Ein für einen Kleinkriminellen reichlich ambitionierter Spitzname.

Bei der Präsentation einer echten Personenfahndung musste ausgerechnet der ehemalige DDR-Staatschef Erich Honecker, der sich 1992 vor der bundesdeutschen Strafverfolgung in Moskau versteckte, herhalten. Wir lachten herzlich, als der Haftbefehl der Bundesanwaltschaft auf dem Bildschirm erschien. Hätte mir jemand im Frühjahr 1989 gesagt, dass ich drei Jahre später in einer Polizeidienststelle im Münsterland sitzen und den Namen des „Genossen Honecker“ in den Fahndungscomputer eintippen werde, hätte ich den „Visionär“ für verrückt erklärt.

Mein kindliches Erstaunen über die technischen Möglichkeiten der Steinfurter Polizei amüsierte die Kollegen wohl doch ein wenig. Mein Erstaunen erhöhte sich jedoch zusätzlich, als ich erfuhr, dass das Gros der Gerätschaften, zum Beispiel die Funkgeräte, keineswegs auf dem neuesten Stand waren. Die Gerätschaften hatten bereits runde zwanzig Dienstjahre auf dem Buckel. Unser aller Erstaunen wäre allerdings ins Uferlose ausgeartet, wenn wir gewusst hätten, dass wenige Monate später die Polizei des Landes Brandenburg hochmoderne Kommunikationstechnik inklusive eines nicht minder modernen Funknetzes erhalten sollte. „Geschenke“ wie diese gingen, das sollte uns hier in Brandenburg stets bewusst sein, auch auf Kosten der Kollegen in NRW. ■



„Fasan ruft Banjo“

Der erste Teil des Erfahrungsberichtes
„Rübergemacht – Ein Volkspolizist auf Westbesuch“
von Uwe Bräuning
erschien im Oktober, Teil 3 dann in
der DP-Dezemberausgabe.

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 11 | 70. Jahrgang 2021
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

markus thoenen/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

192.129 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

BASISLEHRBUCH KRIMINALTECHNIK

Methoden und Verfahren der Spurensicherung und Untersuchung

Von **Christoph Frings** und **Frank Rabe**.

1. Auflage 2020

Umfang: 320 Seiten

Format: 21 cm x 14,8 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0866-3

Das vorliegende Buch bietet einen breit gefächerten Überblick über den aktuellen Stand der Kriminaltechnik und stellt dabei besonders neue Ermittlungs- und Beweisansätze in den Mittelpunkt. Als Wegweiser dient dabei ein exemplarischer Leitsachverhalt, der sich auf die Fragestellungen der kriminalistischen Fallanalyse sowie ausgewählte Ermittlungsmaßnahmen stützt. Die zentralen Fachbegriffe werden durch Beispiele und Bildmaterial anschaulich erläutert.

Dieses Handbuch ist damit ein wertvolles Nachschlagewerk sowohl für Beamtinnen und Beamte der kriminalpolizeilichen Ermittlungspraxis sowie des Wach- und Wechseldienstes als auch für Studierende der Polizeifachhochschulen des Bundes und der Länder, denen es zur Vorbereitung auf Prüfungen und Klausuren dient.



DIE HERAUSGEBER

Christoph Frings, Kriminaldirektor Dozent für Kriminalistik und Kriminaltechnik an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Duisburg.

Frank Rabe, Erster Kriminalhauptkommissar, Leiter des Kriminalkommissariats für Erkennungsdienst, KTU, digitale Bildtechnik und Kriminalaktenhaltung am Polizeipräsidium Duisburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

GET THE PARTY STARTED

Lautsprecher „Mr Boombastic Party Tower XXL“

Get the MegaParty Started. Boombastic Sound and Power BoomBox für zuhause & unterwegs mit Mega Sound (2 x 10 Watt, Subwoofer), Musik per blue wireless 5.0, AUX oder mittels des integrierten FM-Radios. Unabhängiger Musikgenuss Dank eingebauter wiederaufladbarer Batterie für 2-5 h, mit Micro für Ansagen, Stimmung & Gesangseinlangen. Inkl. Tragegurt. Metall / Kunststoff. 51 x 22 x 20 cm.

250111

☀️ 57,95 € 72,95 €

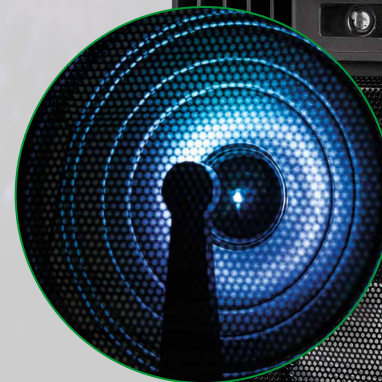


Lautsprecher „Mr Boombastic Party Tower XL“

Get the party started! BoomBox für zuhause & unterwegs mit Mega Sound (2x 5 Watt, Subwoofer), Musik per blue wireless 5.0, AUX oder mittels des integrierten FM Radios. Unabhängiger Musikgenuss Dank eingebauter wiederaufladbarer Batterie für 2-5 h. Mit Micro für Ansagen, Stimmung & Gesangseinlangen. Inkl. Tragegurt. Metall / Kunststoff. 41,5 x 17,5 x 17,5 cm.

250011

☀️ 29,95 € 37,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Angebot gültig bis 30.11.2021!

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de